

# Raumordnungen

Ohne Grenzen keine Stadt – keine Stadt ohne Grenzen. Sie schaffen und definieren den Raum und ermöglichen erst die Unterscheidung der Stadt von ihrer Umgebung. Grenzen trennen das Innen und Aussen, Diesseits und Jenseits, Hier und Dort. Als elementare Form von Ordnung strukturieren Grenzen auch die städtischen Binnenräume als Räume mit eigenen Funktionen, Ordnungen oder Nutzungsszenarien, die sich wandeln, überlagern, auflösen oder verschieben können. Stadtraum ist dichter besiedelt als jede andere bekannte Siedlungsform. Menschen, Tiere und Dinge leben in enger Nachbarschaft und gemeinsamer Nutzung. Hier wirken Kontrolle, Verwaltung, Zonierung und Überwachung gegen die Unordnung, das Unübersichtliche und Überkommene, gegen Schmutz, Gestank, Lärm, Aufruhr und Revolte. Das Spannungsfeld Ordnung – Unordnung ist nirgends so ausgeprägt und zugleich so labil wie in der Stadt. Deshalb ist Stadt nie fertig und sind ihre Ordnungen nicht von Dauer.

# Grenzen, Interaktionen, Horizonte: Zur Raumordnung Basels in der Frühen Neuzeit

Marcus Sandl

An der Schwelle zum 19. Jahrhundert liess der Basler Verleger Heinrich Bienz eine Lithografie seiner Heimatstadt anfertigen. Sie präsentiert einen vom Münsterhügel aus entworfenen Rundumblick, der vom St. Johannquartier im Westen über das auf der nördlichen Rheinseite liegende Kleinbasel bis zur St. Alban-Vorstadt im Osten reicht [3]. Die obere Hälfte des Bildraums nimmt der Himmel ein, die untere wird, abgesehen von ein paar Schattenwürfen, vom Rhein als einer leeren Fläche dominiert. Zu erkennen sind von links nach rechts: die französische Kirche, das Rheintor und die Rheinbrücke, in der Bildmitte die nahezu lückenlose Befestigung Kleinbasels, die dahinterliegenden Türme von St. Clara, des Riehentors und von St. Theodor und schliesslich das St. Alban-Tor und der Turm von St. Alban. Hinter der Stadtbebauung am Horizont über den Dächern und dem Fluss entlang zeichnen sich einzelne Behausungen, bewaldete Hügel und Berge ab. Laut Legende handelt es sich dabei um die Vogesen und den Schwarzwald mit dem Feldberg als seiner höchsten Erhebung.

Bienz' Lithografie zeigt Basel vor der Industrialisierung. Fabrikgebäude und -schornsteine, Arbeiterquartiere und motorisierte Fahrzeuge fehlen. Dennoch besitzt die Stadtansicht etwas Modernes, Zukunftsweisendes. Das liegt an der gewählten, um 1800 überaus populären Darstellungsform des «Panoramas». Seine Originalität besteht darin, dass es die Subjektivität des Betrachters betont und sich damit dem natürlichen Sehen annähert. Gleichzeitig verzerrt es die Umrisslinien von Stadt und Landschaft und erweckt den Eindruck einer zentrifugalen Bewegung an den Bildrändern. So weitet sich das Gesichtsfeld bis zum Horizont und tendiert dazu, ins Unendliche zu gehen.<sup>1</sup> In der perspektivischen Öffnung und Dynamisierung des Basler Stadtraums deutet sich dessen reale Ausweitung im 19. Jahrhundert an: eine schnell anwachsende Bevölkerung, die daraus folgende Bebauung ehemals ländlicher Gebiete und Spekulation mit Grund und Boden, ermöglicht durch die Schleifung der Stadtmauer und die Erschliessung des Umlandes durch neue Verkehrs- und Kommunikationstechnologien.

Durch die Dynamisierung des Raums antizipiert das Panorama die Zukunft der Stadt, die als eine offene, tendenziell unendliche Entwicklung betrachtet werden kann. Im gleichen Zug macht das Panorama aber darauf aufmerksam, dass



**3** «*Vue prise sur la terrasse derrière la Cathédrale de Basle (dite Pfalz)*», Lithografie von **Heinrich Bienz Sohn, um 1800.** — Das Panorama lässt die Betrachtenden in den Bildraum eintreten und involviert sie in das Bildgeschehen. Es verändert damit die seit der Renaissance

dominierende Zentralperspektive, die zwar ebenfalls den Eindruck eines dreidimensionalen Raumes entstehen lässt, die Betrachter:innen jedoch vom Gesehenen abrückt und Distanz herstellt.

sich in der bestehenden Stadt die Vergangenheiten wie Zeitschichten auftürmen. Im Kontrast zur Weite des Horizonts, der auf das Kommende verweist, erscheint das historische Basel eng und verwinkelt. Räumliche Begrenztheit und Geschlossenheit sind das Signum des Vergangenen. Doch lässt sich der Darstellung keine Ablehnung des Alten oder gar die Forderung nach einem radikalen Bruch entnehmen. Raum und Zeit erscheinen als Kontinuum. Um Basels Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zu verstehen, so die Botschaft des Panoramas, gilt es beides – Raum und Zeit – miteinander in Bezug zu setzen.

Folgt man dieser Einsicht, so lässt sich in der Räumlichkeit der Stadt Basel ihre Geschichte lesen und damit ein neuer Blick auf die Zeit vor 1800 werfen. Die Betonung der Horizontlinie in Bienz' Panorama verweist im Umkehrschluss zunächst einmal auf die Bedeutung der Grenze in der Vormoderne. Inbegriff der vormodernen Grenze ist die Stadtmauer. Sie trennt Stadt und Umland und schafft die Voraussetzung, im Innern der Stadt weitere Grenzen zu ziehen und Menschen und Dingen ihren Platz zuzuweisen. Durch Grenzziehung und Verortung entsteht also erst einmal eine Raumordnung. Diese ist keineswegs statisch und nicht selten umkämpft. Sie korrespondiert zudem mit bestimmten Praktiken der Einrichtung und Bewirtschaftung von städtischen Räumen. Durch kollektive Handlungen, Inszenierungen und Aufführungen werden bestehende Räume belebt, verändert und neu geschaffen. Raumordnung und Raumökonomie gehören also zusammen

und prägen den Bereich innerhalb der Stadtmauer. Das Verhältnis der vormoder-  
nen Stadt zu ihrem Aussen unterliegt hingegen anderen Regeln. Da die Vormoder-  
ne die Entgrenzung des Panoramas noch nicht kennt, wird das Aussen als das  
Andere – als ‹Umgebung› – in den innerstädtischen Horizont integriert. Die  
räumliche Einheit der Stadt bleibt dadurch lange Zeit erhalten, lässt aber auch  
Eigendynamiken entstehen, welche die bestehende Raumökonomie gefährden.  
Für Basel um 1800 sind gerade sie von wesentlicher Bedeutung.<sup>2</sup>

### **Grenzen ziehen und verorten**

Was Basel als Stadt ausmachte, seine Besonderheiten im Vergleich zu anderen  
Städten sowie seine Bedeutung für die Region am Oberrhein, interessierte die  
Menschen schon vor Bienz. Besonders Stadtpläne waren beliebte Medien der  
Selbstvergewisserung. Berühmt geworden ist der Merianplan, der Anfang des  
17. Jahrhunderts entstand und Basel – wie es für die Frühe Neuzeit charakteristisch  
war – aus der Vogelperspektive präsentierte. Schon 1538 hatte Sebastian Münster  
eine ganz ähnliche Karte von Basel angefertigt [4]. Sie zeigt, ebenfalls aus der  
Vogelschau, eine Stadt, die eine etwa fünfeinhalb Kilometer lange, turmbewehrte  
Mauer vom Umland trennt. Im Innern befinden sich grössere und kleinere Ge-  
bäude, Strassen, Plätze, Gassen und Gärten.<sup>3</sup> Markant treten der Rhein, die Rhein-  
brücke und farblich exponierte, mit arabischen Ziffern versehene Bauten hervor:  
das Münster sowie weitere Kirchen und Klöster, Befestigungsanlagen, das anhand  
seines Turms erkennbare Rathaus am Kornmarkt und das Zeughaus am Peters-  
platz. In einer Legende werden der Nummerierung folgend die Namen dieser und  
weiterer Bauwerke genannt. Menschen sind in der Stadt keine zu sehen; nur Schif-  
fe befahren den Rhein.

Münster war offenkundig vor allem daran interessiert, die baulich-archi-  
tektischen Gegebenheiten der Stadt zu zeigen. Diese Gegebenheiten standen  
indes nicht für sich selbst, sondern für eine bestimmte Lebensform. Sie bildeten  
die Voraussetzung für eine Gesellschaftsordnung, die im vormodernen Europa nur  
in der Stadt – und nur als Stadt – möglich war. Basel war zunächst Bischofssitz  
gewesen, konnte sich aber schon im Laufe des Mittelalters immer mehr von sei-  
nem geistlichen Stadtherrn emanzipieren. Die Basel verliehenen Freiheiten und  
Privilegien definierten es als eine Vereinigung von Bürgern, die sich zum Zwecke  
des friedlichen Zusammenlebens und allgemeinen Besten aus eigenem Recht eine  
Ordnung geben durften. Stadtrechtliche Regelungen legten zudem Verfahrens-  
weisen fest, durch die kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden konn-

#### 4 Vogelschauplan von Basel, Kupferstich von Sebastian Münster, 1538. —

Münsters Vogelschauplan erschien im sechsbändigen Werk «Civitates Orbis Terrarum», das zwischen 1572 und 1618 von Georg Braun in Köln verlegt wurde. Es gab mit ganzseitigen und grösstenteils kolorierten Kupferstichen einen umfassenden Überblick über die Städte der Welt um 1600 und bot den zeitgenössischen Leser:innen damit die Möglichkeit, nicht nur Europa, sondern auch Afrika, Asien und Amerika kennenzulernen.



ten. Basel besass dementsprechend eine durch die Bürgerschaft gewählte Versammlung, die sich aus dem Kleinen und dem Grossen Rat zusammensetzte, sowie eine Stadtregierung, an deren Spitze der Bürgermeister und der Oberstzunftmeister als Stadtoberhäupter standen. Die Bürgerschaft selbst organisierte sich in korporativen Zusammenschlüssen und Gruppen – den Zünften und den Kleinbasler Ehrengesellschaften, die politische und ökonomische Rechte besaßen, aber auch vielfältige Pflichten zu erfüllen hatten.<sup>4</sup>

Das Basler Stadtrecht stand im engen Zusammenhang mit dem Raum. Die Freiheiten und Privilegien, aus denen es ursprünglich resultierte, definierten «Stadt» als Ausnahme vom Regelfall adeliger Landesherrschaft. Entsprechend hingen die politische Organisation und Repräsentation der Bürgerschaft von ihrer Fähigkeit ab, eine reale Grenze zu ziehen. Der Stadtbann umfasste ein Gebiet, in dem städtisches Recht galt und das über die Stadtmauern hinausreichte. Die Stadtmauern hatten zunächst einmal militärische Bedeutung, erfüllten aber auch



**5 Gesamtansicht von Gross- und Kleinbasel von Nordosten, Kupferstich, um 1620.** — Während die frühneuzeitlichen Vogelschaupläne die horizontale Anordnung von Gebäuden, Strassen und Plätzen zeigen und dadurch ihre Lage zueinander verdeutlichen, vermitteln seitliche Stadtprospekte wie der hier abgebildete Kupferstich einen Eindruck von den Höhenunterschieden und Bauelementen einer Stadt.

eine rechtlich-politische Funktion. So waren es die Stadttore, an welchen Übergänge zwischen den beiden unterschiedlichen Räumen organisiert und kontrolliert wurden – und die Aussenbeziehungen der Stadt an wenigen Punkten zu lokalisieren waren.

Mit der Fähigkeit, Grenzen zu ziehen, war, wie sich hier zeigt, eine zweite raumordnende Kompetenz verbunden: die Verortung. Sie bestand in der Möglichkeit, politischen, aber auch religiösen, sozialen oder ökonomischen Aktivitäten einen konkreten Platz zuzuweisen. So war das Rathaus das klar definierte politische Zentrum der Stadt. Zu festgelegten Zeiten fand sich hier die Bürgerschaft in Gestalt ihrer gewählten männlichen Vertreter zusammen. Wenn die Ratsglocke

rief, durften die Ratsmitglieder nur aus triftigen Gründen fehlen. Vollständige Anwesenheit – ein nur im geschlossenen Ratssaal zu kontrollierender Grundsatz – galt als obligatorisch. Dasselbe lässt sich für die Zünfte und die drei Kleinbasler Ehrengesellschaften beobachten. Jede der achtzehn Basler Zünfte besass ein Zunfthaus, in dem Zusammenkünfte stattfanden, interne Angelegenheiten geregelt und Zunftmeister und Ratsvertreter bestimmt wurden. Auch die Häuser der Vorstadtgesellschaften – eine neben den Zünften existierende Verwaltungsebene, welche die Stadterweiterung seit dem Mittelalter abbildete – waren nicht nur Verwaltungssitze, sondern wirkten auch identitätsstiftend.<sup>5</sup>

Neben dem politisch-weltlichen existierte ein geistlich-religiöser Stadtraum,<sup>6</sup> den jede Ansicht Basels von Weitem vermittelte. Nicht weltliche Gebäude, sondern die zahlreichen Kirchtürme dominierten den Raum [5]. Auch innerhalb der Stadt wurden zentrale Blickachsen und Plätze durch Kirchengebäude geprägt.<sup>7</sup> Als grösste Pfarrkirche bildete das Münster den religiösen Mittelpunkt Grossbasels. Weitere Pfarrkirchen mit eigenem Kirchspiel waren unter anderem St. Leonhard und St. Peter. Kleinbasel besass mit St. Theodor eine eigene Pfarrkirche. Die in der Stadt gelegenen Klöster verloren hingegen nach der Reformation ihre geistlichen Funktionen. Sie wurden teils verkauft und umgebaut, teils in ihrer Grundstruktur belassen und für ökonomische Zwecke genutzt. Im letzteren Fall wurden sie Teil der ökonomischen Raumordnung, die durch die Märkte dominiert wurde. Auf dem Kornmarkt wurden zu festgelegten Zeiten, eingeläutet durch eine Glocke, landwirtschaftliche Produkte verkauft. Auf dem Barfüsserplatz fand der Tiermarkt statt.<sup>8</sup> Das zwischen Freier Strasse und Gerbergasse gelegene Kaufhaus wiederum war ein privilegierter Ort für Geschäfte mit Handelsgütern und verarbeiteten Produkten. Auch das Kaufhaus besass eine eigene, schriftlich kodifizierte Ordnung und unterschied sich damit von anderen Markttorten.

Der Stadtraum war also klar strukturiert. Die Obrigkeit nutzte Raumqualitäten, insbesondere die Möglichkeiten der Grenzziehung und Verortung, zur Organisation und Kontrolle der Menschen und ihrer Aktivitäten in der Stadt. Dieser Ordnungswille betraf neben Politik, Religion und Wirtschaft auch das soziale Leben. Wichtige soziale Räume waren Wirtshäuser, Weinstuben und Herbergen. Sie wurden in zahlreichen Erlassen und Mandaten zum Gegenstand obrigkeitlicher Aufsicht gemacht und mittels Öffnungszeiten, Zugangsberechtigungen, Ausschanklizenzen oder die Aufnahme von Fremden im Detail geregelt. Dass der obrigkeitliche Regulierungswille gerade in diesem Bereich an Grenzen stiess, dokumentieren zahlreiche Gerichtsakten, die Konflikte in Wirtshäusern behandeln. Das Stadtgericht Basel mit Sitz im Rathaus beschäftigte sich immer wieder mit



Beleidigungs- und Gewaltdelikten, und der Rat nahm die Wirte und Zunftvorsteher in die Pflicht, in ihren Räumen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie waren gegebenenfalls auch auskunftspflichtig, wenn es um obrigkeitskritische und ordnungsgefährdende Äusserungen und Handlungen der Gäste ging.<sup>9</sup>

Eine lückenlose obrigkeitliche Kontrolle des öffentlichen Raums war in der Frühen Neuzeit freilich nicht möglich. Überall dort, wo sich Menschen trafen und Begegnungen stattfanden, konnten Unruhen entstehen und die soziale Ordnung infrage gestellt werden. Neben Wirtshäusern bildeten vor allem die Stadttore, die Rheinbrücke, die Märkte sowie die zentralen Plätze mit ihren zahlreichen öffentlichen Brunnen Hotspots sozialer und häufig auch konflikthafter Interaktionen. Dem Blick der Obrigkeit entzogen war generell der private Bereich der Wohnungen, Häuser, Hinterhöfe und Gärten. Vor allem Küchen, die sich in den ärmeren Quartieren mehrere Familien teilten, Stuben und durch Mauern und Hecken abgegrenzte Aussenbereiche waren Räume für nachbarschaftlichen Austausch. Verbreitet war das gemeinsame Arbeiten während der Wintermonate. In sogenannten Lichtstuben – meist waren das die Küchen – trafen sich Frauen aus der Nachbarschaft, um zu spinnen oder andere Arbeiten zu verrichten.<sup>10</sup> In privaten Räumen wurde allerdings nicht nur geselliges Beisammensein gepflegt, sie waren auch Orte von Streitigkeiten und Schlägereien. Insbesondere die Schwellen zwischen dem privaten und öffentlichen Raum boten Konfliktstoff.<sup>11</sup> Auseinandersetzungen entzündeten sich beispielsweise häufig an den Fenstern und Türen der Privathäuser. Sofern diese vor Gericht landeten, kam wiederum die Obrigkeit ins Spiel. Von ihr wurde in solchen Fällen nicht nur der Schutz vor physischen Übergriffen eingefordert, auch das Verlangen, private Räume vor Geruchsbelästigung oder nachbarlicher Neugier zu schützen, artikuliert sich häufig.

**Während der Wintermonate trafen sich Frauen in «Lichtstuben» zum Spinnen**

Die Sinne spielten in der Raumwahrnehmung und -konstitution der vor-modernen Stadt im Übrigen in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Gerüche, Geräusche, Blicke – all das war Teil urbaner Räumlichkeit. Die Regelungsdichte in diesen Bereichen war entsprechend hoch. Durch die Präsenz von Handwerk und Gewerbe ergab sich in der Stadt eine Art Geruchstopografie. Geruchsintensiv war beispielsweise die Arbeit der Gerber, die an Gewerbekanälen wie dem Rümelinbach im Norden sowie am Riehenteich in Kleinbasel angesiedelt waren.<sup>12</sup> Als besonders geruchsbelästigend wurden zudem auch die den Gerbern benachbarten Färber wahrgenommen, die mit Substanzen wie Urin und Schneckensekreten hantierten. Die Fischerei wiederum hatte ihre Plätze in den flussnahen Quartieren; vor allem der Fischmarkt war ein weiterer Raum mit ganz eigenen Gerüchen.<sup>13</sup>

Akustisch war der Stadtraum vor allem durch die Kirchenglocken geprägt.<sup>14</sup> Sie strukturierten den Alltag, läuteten zu festlichen und allen herausragenden Anlässen und waren der omnipräsente Klangspiegel der vormodernen Stadt. Lärm durch Hufgetrappel oder nächtliche Gesänge betrunkenen Studenten hingegen bildeten ein stets beklagtes und rechtlich sanktioniertes Ärgernis. Auch die Klänge und Geräusche der Stadt sollten sich der obrigkeitlichen Kontrolle nicht entziehen. So bedeutete die Regulierung von Marktzeiten durch die Marktglocke immer auch die Regulierung eines (zeitlich befristeten) städtischen Klangraums. Die zahlreichen Menschen, die sich auf dem Markt bewegten und feilschten, das lautstarke Anpreisen der Waren durch Kaufleute und Marktfrauen, Tierlaute und Wagen Geräusche – all das gehörte zum Marktgeschehen, ebenso das Ausrufen von Waren in den Gassen und auf den Plätzen. Eine bedeutende Position hatten die sogenannten Weinrufer, die lauthals die von Lokal zu Lokal variierenden Weinpreise verkündeten und so für Kundschaft sorgten.<sup>15</sup>

Ähnliches wie für Hörgalt für Sehräume. Mittels prominent platzierter Symbole und Bilder besetzte der Rat die Stadt auch visuell.<sup>16</sup> Symbole wie der Basler Bischofsstab waren auf der Rheinbrücke und den Stadttoren zu finden, an denen überdies mechanische Uhren angebracht waren. Auf diese Weise markierte die Stadt Grenzen und Übergänge und steckte so den eigenen Herrschaftsraum für Einheimische wie für Fremde ab. Zahlreiche figürliche Bilder an der Schauseite öffentlicher Gebäude ergänzten diese Symbolik. Hier ging es auch um eine Repräsentation des Reichtums und der Grösse der Stadt sowie der eigenen Wehrhaftigkeit. Seit dem Mittelalter war rheinseitig am Brückentor auf Grossbasler Seite ein Reiterbild als Allegorie der eigenen militärischen Stärke zu sehen. Auch auf den Fassaden von Privathäusern fanden sich figürliche, ebenfalls meist allegorische Darstellungen, mit denen sich die Besitzer:innen öffentlich präsentierten. Im Herrschaftszentrum, dem Rathaus, visualisierte komplementär dazu ein ausgesuchtes Bildprogramm politische Tugenden und städtische Traditionen.<sup>17</sup>

Zusammenfassend erscheint die vormoderne Stadt Basel als ein Neben- und Miteinander von Orten und Räumen mit genau zugeschriebenen Funktionen. Dabei konnten die gleichen Orte durchaus mehrere Aufgaben übernehmen. So war das Rathaus ein geradezu multifunktionaler Ort, an dem Politisches, Wirtschaftliches und Soziales zusammentrafen.<sup>18</sup> Dies entsprach dem obrigkeitlichen Anspruch, von einem Zentrum aus ein Tableau von Räumlichkeiten und Funktionen zu schaffen, das die Kontrolle der Stadt und die Ordnung ihrer Gesellschaft erleichterte. Verortung und Abgrenzung waren indes nicht allein obrigkeitliche Strategien, sondern auch Gegenstand von privaten Aushandlungen und Auseinan-

dersetzungen. Immer wieder artikulierten sich auch Konflikte innerhalb der Bürgerschaft oder zwischen dem Rat und der Bürgerschaft im und durch den Raum. Räume wurden besetzt, neu codiert, Grenzen verschoben oder überschritten. Der Raum war mit anderen Worten nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern erhielt seine jeweilige Ordnung durch raumsetzende Handlungen und Praktiken.

### **Räume einrichten und bewirtschaften**

Wie sehr die gesellschaftliche Ordnung des vormodernen Basel mit Raumeignung und Raumveränderung verbunden war, zeigt ein Vorfall, der im Zusammenhang mit dem sogenannten 1691er-Wesen stand und als der «grosse Kuechlitag» in die Annalen der Stadt eingegangen ist.<sup>19</sup> Der «Kuechlitag» war eines der einschneidendsten politischen Ereignisse der Basler Geschichte vor 1800. Während einer Grossratsitzung im Frühjahr 1691 drangen Männer aus der Bürgerschaft (die meisten stammten aus den Zünften) ins Rathaus ein und besetzten «alle Stuben, Gänge und Treppen». Die Aktion richtete sich gegen die zunehmende Oligarchisierung und herrschende Korruption, die im Laufe des 17. Jahrhunderts immer wieder beklagt worden war. Nun aber schien das Mass voll. Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, griffen die Männer zum «Mittel der Einsperrung»: «Alle Gatter und Zugänge des Rathhauses» wurden «beschlossen, versperrt [und] bewacht».<sup>20</sup> Sie setzten somit bei der bestehenden räumlichen Ordnung an, verkehrten jedoch den exklusiven Zutritt zum Ratssaal ins Gegenteil, indem sie die Ratsmitglieder daran hinderten, den Raum zu verlassen und sich mit Essen und Trinken zu versorgen. In einer Steigerung dieses hochsymbolischen Aktes bereiteten sich die Protestierenden mit den im Rathaus vorgefundenen Lebensmitteln ein üppi- ges Mahl zu, das sie den Ratsmitgliedern vorher verweigert hatten.

Im Juni desselben Jahres wiederholte sich das Geschehen noch einmal. Diesmal gingen die Protestierenden allerdings weiter: Sie sprengten «die Thüre der Wachstube unterm Rathhause mit Blöcken» auf, verteilten die vorgefundenen Waffen und zogen in kleineren Gruppen lärmend und lachend durch die Stadt. Damit hatten die Aufständischen zusätzlich den Stadtraum übernommen. Als Symbol dieser Aneignung wurden die Zunftfahnen als «Triumphzeichen» aus den Fenstern der Zunfthäuser gehängt.<sup>21</sup> Öffentliche und insbesondere politische Räume waren, wie dieses Beispiel verdeutlicht, nicht einfach vorhanden, sondern wurden immer wieder neu hergestellt und eingerichtet. Dazu dienten symbolische und performative Handlungen, die häufig den Charakter von Aufführungen und Inszenierungen besaßen. Einer solchen Inszenierung musste mit einer Art

## Hinrichtung eines aufständischen Arztes

Die Hinrichtung, die am 28. September 1691 auf dem Kornmarkt stattfand, ist von Johann Rudolf Huber bildlich dokumentiert worden. Hubers Bild zeigt nichts anderes als eine Ausführung. Im Zentrum ist eine Holzbühne zu erkennen. Auf der Bühne – zeitgenössisch *Theatrum* genannt – hat sich ein mit einem Langschwert bewehrter Scharfrichter aufgebaut. Ihm zu Füßen kniet ein Delinquent mit entblösstem Oberkörper. Es handelt sich, wie der Bildtitel verrät, um Johannes Fatio, einen bekannten Basler Arzt. Am selben Tag wurden zwei weitere Anführer enthauptet, die im Titel genannten Konrad Mosis und Johann Müller. Zahlreiche Beobachter:innen säumen den Platz. Dazu gehören zwei Geistliche, die am Ausgang zur Bühne stehen, Soldaten, welche die Bühne umringen, sowie der Reichsvogt vor dem Rathaus mit einem Richtstab in der Hand. Über ihm aus den Rathausfenstern blicken erwartungsvoll die Ratsherren. Auch einige Bürger, die sich

auf dem Platz versammelt haben, verfolgen das Geschehen. Ein zeitgenössischer Bericht informiert uns zudem, dass schon Fatio's Weg zur Hinrichtungsstätte die Aufmerksamkeit der städtischen Öffentlichkeit gefunden hatte. Als er vom Spalenturm-Gefängnis zum Schafott geführt wurde, säumten die Einwohner:innen Basels demnach in engen Reihen den Weg.<sup>22</sup> Nach «Criegs Manier» wurde der Delinquent, begleitet von Bewaffneten aus allen Quartieren, mit «Dromen u. Pfeiffen» vorgeführt.<sup>23</sup> Das gesamte Szenario hatte schon von Beginn an etwas Bühnen- und Schauspielhaftes. Dies setzte sich auch nach der Enthauptung fort. Nachdem Fatio's Rumpf zu Boden gefallen war, ergriff der Scharfrichter den abgeschlagenen Kopf, um ihn – «zum Spectacul» des Publikums – «auf das Richtstühlein» zu legen. Später wurde Fatio's Haupt «zu jedermanns Schrecken u. Exempel an einer eisernen Stangen aufgesteckt» und noch lange am Rheintor zur Schau gestellt.<sup>24</sup>



6 Hinrichtung von Johannes Fatio, Konrad Mosis und Johann Müller am 28. September 1691 auf dem Marktplatz, Gemälde von Johann Rudolf Huber, um 1700.

Gegen-Inszenierung begegnet werden, um die vermeintlich verloren gegangene, ursprünglichere Ordnung wieder herzustellen. So endete das 1691er-Wesen, das durch die Besetzung des Rathauses und die symbolische Inbesitznahme der Plätze und Gassen durch die Aushängung von Zunftfahnen einen neuen politischen Raum geschaffen hatte, mit einem ebenso performativen Akt vonseiten der Obrigkeit: Der Rat liess die Rädelsführer auf dem zentralen Stadtplatz öffentlich hinrichten [6].

Obwohl es im Verlauf der Vormoderne ein einmaliges Ereignis blieb, macht das Beispiel des 1691er-Wesens nicht nur die symbolische Dimension der vormodernen Raumkonstitution deutlich, sondern auch ihre Körperbezogenheit. Der gemarterte und zerteilte Körper des Delinquenten war ebenso wichtig wie die körperliche Anwesenheit und Präsenz der vielen anderen Personen. Explizit forderte der Rat die Bürgerschaft auf, sich zur Hinrichtung vollständig vor dem Rathaus zu versammeln. Mit seinen 14 000 Einwohner:innen war Basel Ende des 17. Jahrhunderts ein überschaubarer Kosmos.<sup>25</sup> Der kleine Teil, der das Bürgerrecht besass, kannte sich selbstverständlich persönlich und war überdies häufig familiär miteinander verbunden.<sup>26</sup> Man begegnete einander auf dem Marktplatz, in der Kirche oder im Rathaus und tauschte sich von Angesicht zu Angesicht aus. Trotz einer zunehmenden Verschriftlichung einiger Bereiche, etwa der Verwaltung, der Gesetzgebung und des Fernhandels, war dies die wichtigste Form der städtischen Kommunikation.<sup>27</sup> So verwundert es nicht, dass nicht nur das gesprochene Wort, sondern der Körper als Ganzes mit all seinen Sinnen und sinnlich wahrnehmbaren Ausdrucksmöglichkeiten eine wichtige soziale Funktion hatte.

Zum Raum bekam der Körper indes vor allem dann eine enge Beziehung, wenn sich viele Menschen begegneten und es zu einer alle Sinne umfassenden Kommunikation kam. Dies war nicht nur zu seltenen Anlässen wie einer Hinrichtung der Fall, sondern auch bei sich wiederholenden Gelegenheiten wie beispielsweise dem Gottesdienst. Bis weit ins 18. Jahrhundert war der sonntägliche Kirchenbesuch eine religiöse Pflicht, deren Vernachlässigung erhebliche soziale Folgen haben konnte. Als körperlicher Interaktionszusammenhang war er bis ins Detail reguliert. Dabei fungierten sowohl die Körper der Anwesenden als auch der Kirchenraum als Ordnungsmedien. Eindrucksvoll wird dies in einer 1650 entstandenen, von Johann Sixt Ringle angefertigten Darstellung des Innenraums des Münsters vorgeführt [7].

Diese Beziehung von Räumen und Körpern kann man als Bewirtschaftung des Raums bezeichnen. Hier fungierte die Kirchenarchitektur als eine Art Bühne, also wiederum als *Theatrum*, das durch den Gottesdienst belebt wurde und eine

umfassende Wirkung entfaltete. Auf einer analogen Korrelation von Raum und Körpern basierten viele Ereignisse, die strukturbildende Bedeutung in der städtischen Gesellschaft hatten: neben Hinrichtungen auch Zunftversammlungen, Bürgermeisterbegräbnisse, Geburtstagsfeiern, Festmahle, Empfänge oder Herrschereinzüge. Auch das wichtigste politische Ereignis, die jährlich im Juni wiederkehrenden Ratswahlen, war eine Kombination von Raumorganisation und Inszenierung der Körper oder besser: eine Abfolge raumkonstituierender Aufführungen.

Die Wahlen begannen mit einem Gottesdienst im Münster, an dem alle Ratsmitglieder teilnahmen<sup>28</sup> – auch diejenigen, die noch zu wählen waren. Wobei es sich nicht um echte Wahlen handelte, sondern um eine Art turnusgemässe Ablösung zweier aus einem feststehenden Personenkreis zusammengesetzter Gruppen. Nach dem Gottesdienst formierten sich alter und neuer Rat auf dem Münsterplatz zu einer Prozession, die feierlich zum Rathaus zog. Dort schlossen sich die Räte zu einer Klausur in den Ratssaal ein. Der entscheidende Akt, die Wahl des neuen durch den alten Rat, erfolgte hinter verschlossenen Türen. Er blieb den Blicken der Bürgerschaft entzogen. Erst eine Woche später, am folgenden Sonntag, wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Um halb sieben versammelten sich die alten und neuen Häupter, Ratsherren und Vertreter der Zünfte in Amtstracht vor dem Rathaus und zogen in hierarchischer Ordnung Richtung Petersplatz [44]. Dort angekommen, verkündete der alte Bürgermeister feierlich den Wahlvollzug. Die Gewählten wurden namentlich bekannt gegeben und mit Kränzen ausgezeichnet. Als Höhepunkt des jährlichen Wahlrituals folgte zuletzt die Vereidigung des neuen Rates. Vor der versammelten Bürgerschaft – Vollständigkeit war ein Muss – wurde die Macht damit auch offiziell vom alten auf den neuen Rat übertragen.

Vom Beginn des Gottesdienstes im Münster über die Prozessionen durch die Stadt bis zum Eid auf dem Petersplatz hatten die Wahlen den Charakter einer kollektiven Aufführung. Inszeniert wurde dabei weniger die Übergabe der Macht als vielmehr die Macht an sich, die in der Anwesenheit der Bürgerschaft zum Ausdruck kam. Ja mehr noch, durch den öffentlich geleisteten Amtseid verwandelten sich die vielen Körper der Anwesenden in einen einzigen kollektiven politischen Körper, den Körper der Stadt. Der <Schwörtag> brachte in diesem Sinne die Macht, um deren Verteilung es ging, erst hervor. Geschehen konnte dies nur unter räumlich konkreten Bedingungen. Das Münster und das Rathaus, die städtischen Gassen und Strassen, schliesslich der Petersplatz schufen die Möglichkeit, dass die anwesenden und interagierenden Menschen das, was sie aufführten, auch herstellten: die politische Einheit und Ordnung der Stadt.<sup>29</sup> Die Stadt insgesamt wurde zum *Theatrum*.

## Die Ordnung der Stadt im Münster

Johann Sixt Ringles symmetrisch entlang der Kirchenlängsachse aufgebautes Bild zeigt den Gottesdienst als ein heute noch geläufiges durchkomponiertes Ganzes, das Architekturen, Menschen und Dinge umfasst [7].<sup>30</sup> Den Rahmen des Geschehens bildet das breite spätromanische Kirchenschiff. In der oberen Bildmitte ist der Chor mit seinen Glasfenstern zu sehen. Perspektivischer Fluchtpunkt ist der steinerne Altar, der sich vor dem Hintergrund des «blauen Lettners» mit seinen auffälligen Dreiecksmustern, Bögen und Wappen farblich abhebt. Die Sitzordnung der Gemeindeglieder ist indes nicht auf den Altar ausgerichtet. Von den vier Sitzblöcken im Hauptteil des Schiffes sind nur zwei dem Chor zugewandt, während die anderen zwei in die entgegengesetzte Richtung weisen. Zudem gibt es Sitzreihen entlang der Hochschiffwände, die wiederum quer zu den vier Blöcken stehen. Auf diese Weise entsteht eine Vierteilung, die zusätzlich zur Längsachse eine Querachse sichtbar macht. Auf der rechten Seite dieser Querachse – zentral im Mittelschiff – steht die Kanzel, von welcher der Pfarrer, hier Münsterpfarrer Theodor Zwinger, das Wort Gottes verkündet. Auf der linken Seite – ihm gegenüber – lässt sich die Orgel von 1528 erkennen, die vor und nach der Predigt im Rahmen des Kirchengesangs zum Einsatz kam.<sup>31</sup> Ringle betont mit seiner Bildkomposition den engen Zusammenhang von Kirchenraum und religiösem Ereignis. Der Raum wird belebt durch die Körper der Anwesenden, den Kirchengesang, die Fürbitten und Lesungen, Gebete

und Predigten. Diese Belebung erfolgt unter Voraussetzungen, die der Raum und seine Einrichtung vorgeben. Sie ereignet sich somit unter Bedingungen, die eine bestimmte Ordnung implizieren. Dazu zählt erstens die Geschlechterordnung, die in Ringles Darstellung leicht an der Kleidung zu erkennen ist. Die Frauen tragen mit Pelz besetzte Kappen sowie eine «Sturz» genannte Haube, die viele von ihnen auch als Schleier verwendeten,<sup>32</sup> die Männer Hut und Halskrause. Zweitens gibt es eine soziale Ausdifferenzierung. Da Angehörige wohlhabender Familien für «Stuhlrechte» zahlen konnten, konnten sie sich durch an den Bänken angebrachte Türen und Schranken von ihren Nachbar:innen abgrenzen. Der Kirchenraum war also auch ein Ort sozialer Distinktion, was immer wieder Streitigkeiten um Sitzpositionen auslöste. Festgelegte Stuhlprivilegien hingegen gab es für die politische Elite. Die Bürgermeister (unter ihnen zu dieser Zeit Johann Rudolf Wettstein), Oberstzunftmeister und wichtigsten Entscheidungsträger durften sich im sogenannten Häuptergestühl von 1598 niederlassen. Auf Ringles Darstellung sieht man es im linken unteren Bildviertel besetzt mit Männern, die sich durch Kleidung und Amtsinsignien von den anderen Gottesdienstbesucher:innen deutlich unterscheiden. Mit seiner imposanten Größe und dem reichen plastischen Schmuck bot das Häuptergestühl den Herrschenden die Möglichkeit, sich wöchentlich in Szene zu setzen und die politische Hierarchie der Stadt für alle sichtbar und wahrnehmbar zu machen.



7 Innenansicht des Münsters mit Blick gegen den Chor, Gemälde von Johann Sixt Ringle, 1650.

### Umgebungen herstellen

Zurück zur Grenzziehung und ihrer grundlegenden Manifestation, der Grenzsetzung durch die Stadtmauer. Seit 1230 die «innere» und nach dem Erdbeben Ende des 14. Jahrhunderts die «äussere» Stadtmauer errichtet worden war, die auch Kleinbasel und die zwischenzeitlich gewachsenen Vorstädte einschliesslich zahlreicher Weiden, Felder und Gärten umfasste, war der Stadtraum klar definiert. Die Grenzsetzung ermöglichte zum einen die innere Einrichtung des städtischen Raums, schuf zum anderen aber auch die Voraussetzung für die Organisation des Raums vor der Mauer, die ihn zu einer für die Stadt zuträglichen «Umgebung» machte. Um ihn herzustellen, musste zunächst das städtische Herrschaftsgebiet ausserhalb der Stadtmauern bestimmt und buchstäblich abgesteckt werden. Seit dem ausgehenden Mittelalter geschah dies durch Grenzsteine [8].<sup>33</sup> Ihre Setzung war ein aufwendiger, wiederum performativer Akt, der mit allen betroffenen Herrschaftsträgern vereinbart, bezeugt und in jährlichen Grenzbegehungen bestätigt





**8 Basler Grenzstein, 1779.** — Um Grenzen festzusetzen und auf Dauer zu stellen, wurde in der Frühen Neuzeit auf zwei Verfahren zurückgegriffen. Zum einen wurden Grenzsteine wie der abgebildete gesetzt, der seit 1779 die Gemeindegrenze zwischen Kleinbasel und Kleinhüningen markierte. Zum anderen wurden Grenzprotokolle, Karten und Pläne erstellt, auf die bei häufig vorkommenden Grenzstreitigkeiten zurückgegriffen werden konnte.

werden musste. Im Laufe der Frühen Neuzeit entstand zudem Kartenmaterial, das die gesetzten Grenzsteine verzeichnete.

Zum unmittelbaren Herrschaftsraum Basels gehörte neben dem vor den Stadtmauern liegenden Stadtbann die Landschaft. Sie schloss sich im Norden, Süden und Osten an die Stadt an, während im Westen unmittelbar Frankreichs Hoheitsgebiet angrenzte. Die Herrschaft über die Landschaft wurde durch gewählte Landvögte ausgeübt, die auf den Schlössern ihrer jeweiligen Verwaltungsgebiete Wohnsitz nahmen oder zumindest nehmen sollten. Sie stellten die Durchsetzung der städtischen Erlasse und Ordnungen sicher, sorgten zusammen mit den ebenfalls aus der Stadt kommenden Pfarrern für die Seelsorge, sammelten Informationen über die landschaftlichen Verhältnisse und erledigten eigenständig administrative und richterliche Aufgaben. Ihr Hauptgeschäft bestand jedoch im Einzug von Bodenzinsen und Zehnten, die aus den städtischen Rechten und Besitztümern resultierten. Zu diesem Zweck standen ihnen sogenannte Urbare und Bereine zur Verfügung, die wie die späteren Grundbücher die bestehenden Besitzverhältnisse an Grund und Boden verzeichneten. Auch Karten bildeten wichtige Medien, mit denen sich Basel den landschaftlichen Raum erschloss. Um die Landschaft der städtischen Herrschaft verfügbar zu machen, wurden also Techniken, Verfahrens-

weisen und Medien entwickelt, die den belebten in einen abstrakten oder neutralen Raum umwandeln, der eine Überblicksperspektive ermöglichte.

Raumabstraktionen waren auch in anderer Hinsicht von Bedeutung, wenn es darum ging, Umgebungen herzustellen. Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert hatte sich eine geometrische Perspektive auf den Raum entwickelt, die insbesondere die zeitgenössische Militärarchitektur revolutionierte. Basel war hiervon unmittelbar betroffen. Im Laufe des 17. Jahrhunderts entstand im nahe gelegenen Kleinhüningen eine französische Festungsanlage, die zwar im Wesentlichen gegen Habsburg-Österreich gerichtet war, aber auch für Basel eine ernsthafte Bedrohung darstellte. Die Festung war vom französischen Baumeister Vauban als Bastionsanlage konzipiert worden. Sie folgte einem aus der Vogelperspektive entworfenen rationalen Grundriss, dessen Ziel es war, einerseits einen möglichst effektiven Schutz gegen feindlichen Artilleriebeschuss zu bieten, andererseits aber auch den Eindruck der Uneinnehmbarkeit zu vermitteln und dadurch Macht zu demonstrieren. Die «mediale» Funktion der Festung bestand also darin, mit militärisch-architektonischen Mitteln ein Zentrum zu schaffen, von dem aus das Umland beherrscht werden konnte [9 | 74].

Auf die permanente Bedrohungssituation, die sich schon im Laufe des Dreissigjährigen Kriegs erheblich verschärft hatte, reagierte Basel mit Plänen, die mittelalterliche Stadtmauer mit Bastionen zu verstärken oder gar die gesamte Anlage zu ersetzen. Die Planungen erstreckten sich über Jahrzehnte, ohne dass es je zu einer Umsetzung kam.<sup>34</sup> Neben den Kosten einer solchen Anlage waren es vor allem taktische Überlegungen, die den Rat von einem Bau abhielten. Aus seiner Sicht war es letztlich klüger, eine Politik zu verfolgen, welche die Stadt aus den Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Grossmächten heraushielt, als sie durch einen Festungsbau militärisch zu exponieren. Auch diese Politik folgte dem Prinzip, Umgebungen herzustellen, also zwischen Stadtraum und seinem Umland Grenzen zu ziehen, die es in diesem Fall ermöglichten, neutral zu bleiben. Die Stadt nahm immer wieder Kriegsflüchtlinge auf und trieb Handel mit den Kriegsparteien, entzog sich aber allen Versuchen, sie militärisch auf die eine oder andere Seite zu ziehen. So nah die Kriegsschauplätze auch waren, für die Stadt blieben sie aus eigenem Interesse periphere Geschehen. Damit gab Basel auch für die Eidgenossenschaft insgesamt, die den regionalen Bezugsrahmen des baslerischen Kalküls bildete, die politischen Parameter vor.

Basels Politik während des Dreissigjährigen Kriegs zeigt nochmals exemplarisch, dass die Herstellung von Umgebungen zwei Seiten hatte. Zum einen mussten Grenzen gezogen, zum anderen aber auch Übergänge und Austauschbeziehungen



9 «Grundriss der Gegend am Rhein bey und unterhalb Basel», Kupferstich von Emanuel Büchel, 1737. — Zur Medialität des Festungsbaus gehörten nicht nur die Festungen mit ihren beeindruckenden Bollwerken selbst, sondern auch bildliche Darstellungen, die den Machtanspruch unterstrichen. Büchels Karte von 1737 verdeutlicht die raumgreifende Architektur und Konzeption der französischen Bastion.

organisiert werden. Dies galt ebenso für den städtischen Alltag und seine politischen Herausforderungen. Hier kamen wieder die Stadttore ins Spiel, die für viele Politikfelder von zentraler Bedeutung waren. Durch ihre Öffnung und Schliessung konnten Güter- und Warenflüsse ebenso wie die Migrationen von Menschen gesteuert werden, auch bei Seuchen- und Pestgefahr [24]. Unerwünschte Entwicklungen konnten so buchstäblich ausgeschlossen, erwünschte Prozesse gerade durch die Organisation räumlicher Übergänge befördert werden. Letzteres war der Fall bei der Seidenbandproduktion, die sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert

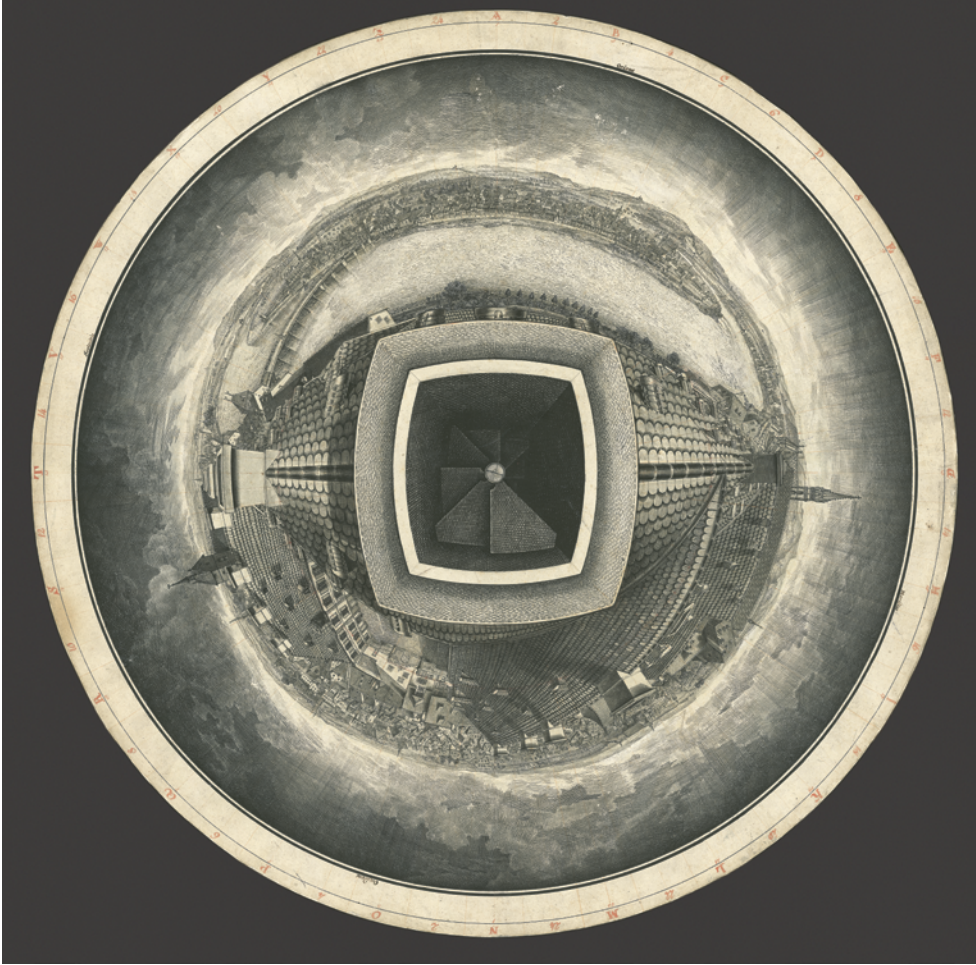
schnell entwickelte. Städtische Fabrikanten und Händler nutzten in Abstimmung mit der Ratsmehrheit die Chance, auf der Landschaft mithilfe sogenannter Bündelmühlen Produktionsweisen zu implementieren, die in der Stadt aufgrund der Zunftverfassung weitgehend verboten waren. Auf dem Weg vom Rohmaterial bis zum fertigen Produkt wurde die Grenze zwischen der Stadt und der Landschaft wiederholt überschritten. Die Differenz zwischen Stadt und Land fortlaufend produktiv zu machen, war gewissermassen das Erfolgskonzept der Basler Seidenbandproduktion und sorgte für ihre erfolgreiche Expansion.<sup>35</sup>

Letztlich waren es die Seidenband- und die wenig später hinzukommende Indienne-Produktion, welche die über Jahrhunderte bestehenden Raumordnungen und -beziehungen sprengten.<sup>36</sup> Im Laufe des 18. Jahrhunderts weiteten sich die Absatzmärkte für Basler Waren rasch aus. Die Basler Fabrikanten begannen ihre

### **Die Indienne-Produktion sprengte die bestehende Raumordnung**

Verbindungen zu den grossen europäischen Handelsstädten zu intensivieren und in vielen von ihnen eigene Niederlassungen zu errichten, die von ihren Angestellten und Verwandten geleitet wurden. Basler Bürger zogen nach Frankfurt, Antwerpen oder Nantes, einige wanderten auch in die Kolonien in Übersee aus, wo sie sich am afrikanischen Sklavenhandel oder an der westindischen Zuckerproduktion beteiligten. Es entstand ein wirtschaftliches Beziehungsgeflecht, das Basel mit ganz Europa und zahlreichen aussereuropäischen Orten verband. Neben der Zirkulation von Geld und Waren kam es hier auch zum Austausch von theoretischem Wissen und praktischen Kenntnissen. So beruhte der Erfolg der Basler Textilindustrie nicht zuletzt darauf, dass die Basler Fabrikanten Verfahrensweisen und Muster des indischen Baumwolldrucks rezipierten und adaptierten. Damit agierten sie buchstäblich in einem neuen Raum, in dem Grenzziehungen und Verortungen kaum mehr eine Rolle spielten, sich wechselseitig überlagernde Relationen und dynamische Beziehungen aber umso bedeutsamer waren.

Blickt man auf die Effekte der letztgenannten Entwicklungen im und für den Stadtraum im engeren Sinne, so zeigt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits änderte sich bis um 1800 wenig, was die überkommenen Praktiken der Grenzziehung, Lokalisierung und Einrichtung von Räumen betraf. Andererseits entstanden nun neue Orte, die diese Raumordnung gewissermassen von innen aufbrachen. Dazu zählten die Kontore der Fabrikanten mit ihren Lagern von Materialien und Gütern, die in alle Welt exportiert wurden. Auch die Kanzleien, die komplizierte Geld- und Warentransaktionen organisierten und die Beziehungen mit den im Ausland lebenden Verwandten und Kunden pflegten, fielen aus dem bestehenden Rahmen. Durch sie bekam die Welt einen Ort in der Stadt. Viele Fabrikanten



**10 Zirkumpolares Horizontalpanorama der Stadt Basel, Federzeichnung von Lukas Sarasin, Samuel Werenfels, Franz Feyerabend, 1787.** — Ein Kamin des «Blauen Hauses» ist in dieser Federzeichnung das Zentrum einer 360-Grad-Umsicht auf Basel, seine Umgebung und die Welt.

knüpften hier auch privat an und demonstrierten beispielsweise durch den Kauf von exotischen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen ihre Weltläufigkeit. So richtete der Seidenbandproduzent Achilles Leisler in seinem Basler Sommerpalais ein chinesisches Zimmer mit exotischen Wandtapeten und Objekten ein.<sup>37</sup> Zwar wäre es falsch, in den Chinoiserien schon eine Globalisierung der Stadt im modernen Sinne zu sehen, aber sie liessen sich auch nicht mehr ohne Weiteres in das Tableau von vormodernen Raumordnungen und Raumpraktiken integrieren.

## Weite und Zukunft

Noch bevor die Epochenwende tatsächlich eintrat und die Grenzen der vormoder-  
nen Stadt sprengte, konnte sie vorhergesehen werden – nicht als Veränderung der  
Zeiterfahrung, sondern der Raumwahrnehmung. Damit zurück zum Ausgangs-  
punkt dieser Überlegungen: dem Panorama als der neuen, um 1800 entstandenen  
Form der Stadt- und Landschaftsdarstellung. Bis dahin dominierten zwei andere  
Perspektiven, Stadträume zu visualisieren: der Stadtprospekt, der eine wirklich-  
keitsnahe, monoperspektivische Ansicht präsentierte, sowie die Draufsicht, also  
die Vogelschau. Beide Visualisierungsformen, Prospekt und Vogelschau, standen  
in engem Verhältnis zu den Raumqualitäten, die in Basel bis um 1800 eine heraus-  
ragende Rolle spielten: durch das Setzen von Grenzen ein Innen von einem Aussen  
zu trennen sowie Menschen und Dingen einen Ort zu geben.

Das Panorama beruhte dagegen auf einer gänzlich anderen Raumkonzep-  
tion. In seiner Rundumsicht wurde die Begrenzung aufgehoben beziehungsweise  
die Grenze in Richtung Horizont und damit ins Unendliche verschoben. Noch  
konsequenter als bei Bienz setzte dies ein bereits 1787 entstandenes Basler Pano-  
rama um [10].<sup>38</sup> Das von Franz Feyerabend angefertigte Bild zeigt einen 360-Grad-  
Rundumblick von der Kaminplattform des Blauen Hauses, das dem Fabrikanten  
Lucas Sarasin gehörte. Die Stadt und ihr Umland schrumpfen dabei auf einen in-  
neren Kreis zusammen, der durch einen zweiten äusseren Kreis, den Horizont,  
umfasst wird. Es entsteht der Eindruck einer Erdkugel. Dieser Eindruck ist ursäch-  
lich mit der Zentrierung des Bildes um einen subjektiven Betrachter verbunden.  
Der Bildbetrachter wird also in das Bild hineingenommen. Somit verschiebt sich  
die Frage nach dem Innen und Aussen sowie nach der Verortung in den Bereich  
der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Das Panorama versinnbildlicht damit das  
Ausgreifen des menschlichen Subjekts – hier des Fabrikanten – auf die ihn um-  
gebende Welt. In diesem Sinne dynamisiert das Medium Panorama nicht nur das  
Raumverständnis, sondern auch das Weltverhältnis. Eine offene Zukunft der Stadt  
zeichnet sich in ihm ab.

# Am Ufer

Daniel Hagmann

Johann Peter Hebel hat es 1806 treffend beschrieben: «Z Basel an mym Rhy [...] Land und Wasser iberal». Basel ist eine Stadt am Ufer. Wer dem Rheinufer entlang stromaufwärts spaziert, entdeckt, wie sich hier Grenzen und Identitäten im Wechselspiel der Kräfte verschieben. Der Uferraum ist ein unsteter Raum, in dem sich die Dynamik von Natur und Gesellschaft, Hochwasser und Promenadenlust, von Warenumschatz und Jugendkulturen, Ausfluss und Kontrollverlust überlagern. Je älter die Gemälde, Zeichnungen und Fotografien vom Rheinufer sind, desto stereotyper widerspiegeln sie Stadtansichten, Panoramen und Fassadenfluchten. Man muss den überlieferten Bildvorrat genau betrachten, um am Rande der Postkartenansichten und in den Nischen der Reportagefotografie zu entdecken, wie Menschen den Uferraum gestalteten, belebten, liebten und fürchteten. Auch auf jüngeren Fotografien ist das Ufer selten als Arbeitsraum abgebildet. Auf einem Rheinpanorama von 1874 <sup>[12]</sup> ist eine einsame Wäscherin am Ufer platziert, wohl vor allem aus ästhetischen Gründen. Heutige Bildbetrachtende hingegen finden hier – mit Blick auf die Abwasserrohre und Fabrikamine – einen Hinweis auf die alltägliche Nutzung des Uferraums, auf Vorstellungen und Praktiken von Sauberkeit.





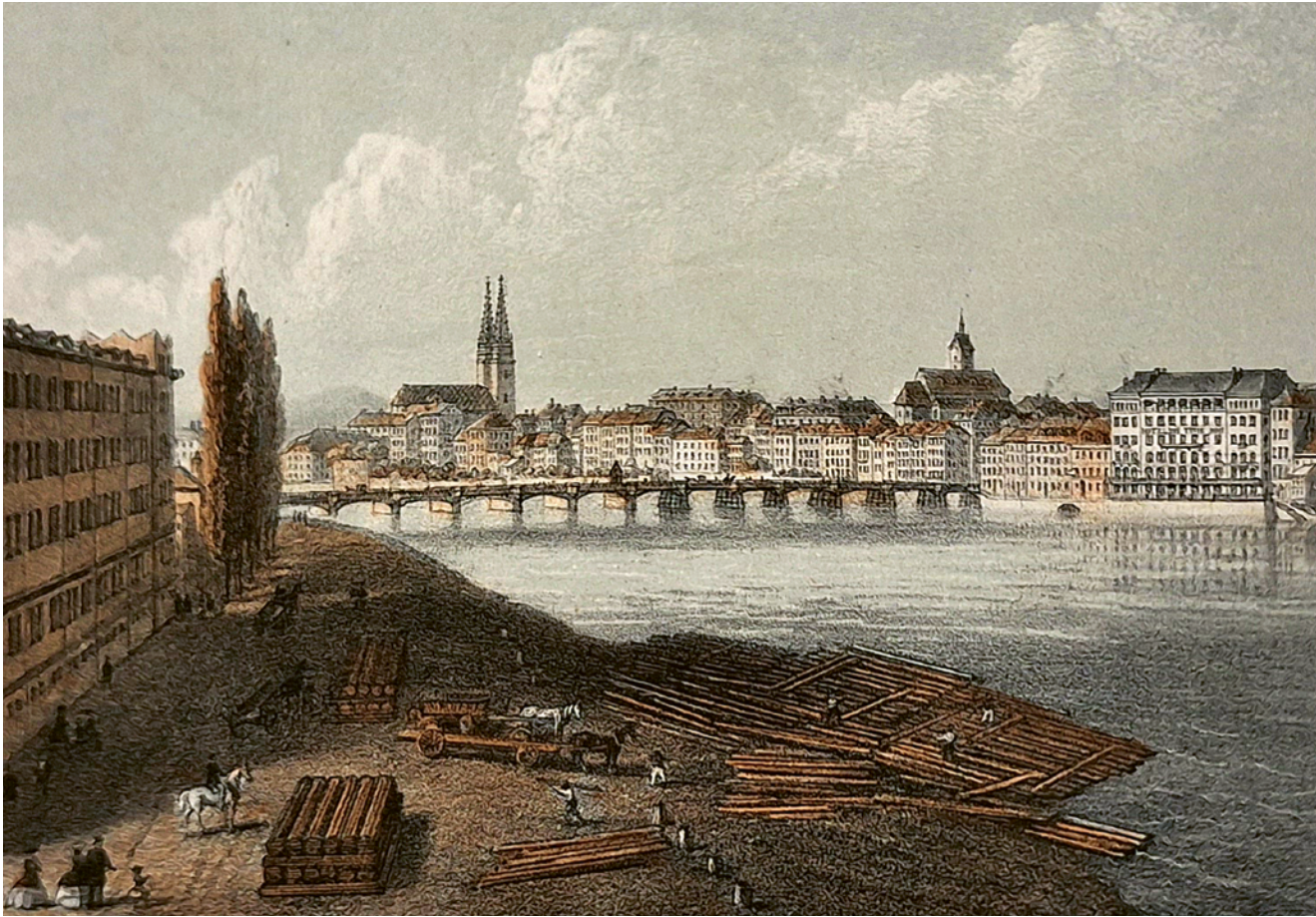


12 Am Rheinufer bei der St. Johannis-Vorstadt, 1874.





13 Rheinhafen St. Johann, zwischen 1902 und 1937.



14 Floss-Landestelle am Unteren Rheinweg,  
19. Jahrhundert.

15 Unterer Rheinweg bei Hochwasser, 1910.

16 Am Unteren Rheinweg, 2000.

17 Am Unteren Rheinweg, 1979.







18 Am Kleinbasler Rheinufer, 2022.



19 Am Grossbasler Rheinufer, 1980.





20 Im St. Alban-Tal, um 1860.

21 Am Rheinufer, 2003.



# Historische Schichten der Wassernutzung im Klybeck

Jakob Weber

Die Veränderung des städtischen Lebensraums lässt sich am besonders stark gewandelten Klybeck bis in seine Bodenschichten nachvollziehen. Zwischen dem späten 15. und dem Ende des 19. Jahrhunderts waren die damalige Rheininsel und das angrenzende Ufergebiet ein von Wasserläufen durchzogenes, vielfach genutztes Auen-, Wald- und Wiesenland [69]. ‹Kluben› als Flurname taucht für den Raum im 14. Jahrhundert auf und kann mit Fischfang, Wasserbau oder Holzgewinnung in Verbindung gebracht werden.<sup>39</sup> Wasser und Stadt waren in Basel seit spätestens dem 12. Jahrhundert eng verwoben. Die offenen Wassernetzwerke, gespiesen aus Birs, Birsig und Wiese, reichten bis weit ins Umland. Das Leben und Arbeiten im weiteren Stadtraum war auf das System von Wuhren, Kanälen und Gräben angewiesen,<sup>40</sup> wie bereits spätmittelalterliche Gerichtsakten zeigen. In ihnen verweist ‹Gebrauch› sowohl auf die vielfältige Nutzung von Wasser als auch auf die starke Abhängigkeit davon.<sup>41</sup> Auch dem Klybeck wurde durch einen Kanal, den ‹Teich›, Wasser zugeführt. Dieses offene, von Menschen und Wasser geprägte und fein verästelte Netzwerk hatte mehrere Jahrhunderte Bestand. Sichtbar wird es im Vergleich historischer Pläne, Landschaftsbilder und Schriftquellen, aber auch im Boden selbst.

Emanuel Büchel hielt den ungefähren Zustand des Klybeckteichs Mitte des 18. Jahrhunderts in einer Zeichnung fest [22]. Er brachte die Klybeckinsel, Wald, Wässermatten und die Wasserräder im ‹Teich› anhand eigener Beobachtungen zu Papier. Räumliche Verhältnisse, Vegetation und Details des Wasserbaus erscheinen allerdings nur schematisch und perspektivisch verzerrt.<sup>42</sup> Dies hebt den Verlauf des ‹Teiches›, die hydraulischen Anlagen sowie die diversen wassernahen Land- und Forstnutzungen deutlich hervor.<sup>43</sup> Als weitaus wilder und dynamischer beschrieb Rudolf Wackernagel in seiner Stadtgeschichte dieselbe Gegend im Spätmittelalter. Zahlreiche Gewässer trafen dort zusammen. Die wechselhaften Arme der Wiese, aufquellende Bäche und die ‹Altwasser› des Rheins prägten nicht nur den Raum, sondern auch die ‹Gestaltung des Lebens›.<sup>44</sup> Diese Schilderung ist gefärbt von seinem Studium der Schriftquellen, die von der diversen Nutzung des Wassers, aber auch seiner zerstörerischen Kraft zeugen. Gleichzeitig erlebte Wackernagel am Ende des 19. Jahrhunderts das beginnende Verschwinden des offenen Wassers.



**22** **«Lage von der Klübin», Federzeichnung von Emanuel Büchel, um 1751.** — Die Klybeckinsel, Wald, Wästermatten und die Wasserräder im «Teich» brachte Büchel *ad naturam*, das heisst orientiert an der Betrachtung des Motivs selbst, aufs Papier. Er hatte von der

St. Johannis-Schanze allerdings einen flacheren Blick auf das Klybeck. Die Verzerrung der Perspektive erlaubte es ihm, die Details des städtischen Umlandes, die vielen Betrachter:innen bekannt waren, deutlich erkennbar darzustellen.

### Arrangements am und mit dem Wasser

Bei Büchel und Wackernagel werden bereits die zahlreichen Nachbarschaften am Wasser deutlich. «Stadt» ist insofern mehr als bauliche Verdichtung, sie kann auch als verdichtete soziale Interaktion verstanden werden.<sup>45</sup> Die Diversität und Intensität des Wassergebrauchs werden besonders ab dem 15. Jahrhundert greifbar. In dieser Zeit wurde die Wassernutzung stark diversifiziert.<sup>46</sup> 1452 trieb das Wasser des Klybeckteichs eine Säge an.<sup>47</sup> Zur Sägerei kamen 1522 die Papierproduktion

und eine ‹Laustampfe›, bis im 18. Jahrhundert schliesslich Korn gemahlen wurde.<sup>48</sup> Mit dem ‹Teich› war allerdings weit mehr als nur der Betrieb von hydraulischen Anlagen verbunden.

1452 erklärte der städtische Rat das wassernahe Holz am Klybeckteich zur Allmend. Die Klybecksäge bekam alleinigen Anspruch auf die grösseren Bäume, während die für fluss- und teichnahe Gehölze prägenden Mittel- und Niederwälder der breiteren Bevölkerung zugänglich blieben.<sup>49</sup> Die intensiv genutzten Auwälder wurden jeweils kurz nach Stockausschlag geschnitten, um Stöcke und Ruten unter anderem auch für den Wasserbau zu gewinnen.<sup>50</sup> Für die besonders typischen ‹Krüpfenhage› wurden senkrechte Stäbe in den Boden gerammt, um sie mit dünneren Ruten zu verweben und so das Wasser durch Aue, Kanäle und Gräben zu leiten – ein essenzieller Teil des Systems, der viel Wartungsarbeiten mit sich brachte.<sup>51</sup> Neben Wasserrädern und Auenwald diente das Wasser auch einer Form der Bodenbewirtschaftung mit vergleichbar langer Tradition.<sup>52</sup> Es rieselte über ein fein verästeltes Netz aus Gräben auf angrenzende Matten, die so gezielt und behutsam unter Wasser gesetzt wurden. Das diente der Düngung, dem Schutz vor Schädlingen und Frost, aber auch der Bildung der oberen Bodenschicht.<sup>53</sup>

Dieser rege und vielfältige Gebrauch des Wassers führte unweigerlich zu Konflikten.<sup>54</sup> Die Betreiber von Wassermatten und Wasserrädern und die Nutzer des Transportweges über den Klybeckteich gerieten mehrfach aneinander.<sup>55</sup> In einer Kaufurkunde von 1524 sind bestehende und neue Pflichten und Rechte der Besitzer des Klybeckteichs festgehalten. Sie wurden vom Rat verpflichtet, sowohl das Wuhr in der Wiese wie auch den Kanal in Schuss zu halten. Es war bei Strafe untersagt, die Anlage dergestalt zu modifizieren, dass dem Gut mehr Wasser zufluss. Gleichzeitig wurde ihnen garantiert, dass niemand in ihrem Wasser fischen durfte.<sup>56</sup> Denn gefischt wurde nicht nur im Fluss, sondern auch in den ‹Teichen›.<sup>57</sup>

Die Aushandlungsprozesse und die Gestalt des Wasserbaus waren auch von der Dynamik des Wassers selbst geprägt. Die Wiese war kein begradigter Fluss, wie wir ihn heute kennen, sondern eine breite Aue mit mäandrierenden Gerinnen, die immer wieder das Flussbett änderten [69]. Das wirkte sich auf das gesamte Wassernetzwerk aus und führte bis ins 19. Jahrhundert zu häufigen Schäden am Klybeckteich und an den Wasserrädern.<sup>58</sup> Hinzu kam, dass die nach 1859 verstärkt industrialisierte Teerfarbenproduktion ihre Abfälle über die Teiche in den Rhein leitete und der alte Rheinkanal verschlammte.<sup>59</sup> 1889 beklagte sich der damalige Besitzer der Insel wiederholt über den daraus resultierenden üblen Geruch.<sup>60</sup> Wenige Jahre später wurde die Cichorienfabrik Franck und Söhne<sup>61</sup> in einem anonymen Brief der Verunreinigung des Klybeckteichs bezichtigt.<sup>62</sup> Die zunehmenden Verunreinigun-



**23 Strassenplanung im Klybeckareal: Übersichtsplan, Strassenprofile, Lichtpause von Hermann Bringolf, 1896.** — Kantonsingenieur Hermann Bringolf zeichnete 1896 in Farbe das geplante Strassennetz über den älteren Situationsplan des Klybecks. Die historische

Schichtung im Raum wird an den übereinanderliegenden Ebenen besonders deutlich: in Grau die historisch gewachsenen Gegebenheiten, in Rot und Blau der geplante Ausbau (historische Kolorierung nachträglich angepasst).

gen, die entsprechenden Konflikte und der Rückgang der Nutzungsintensität des Wassers standen am Anfang einer drastischen Veränderung des über mehrere Jahrhunderte offen fließenden Wassers.

### Zuschütten, Roden und Umnutzen

1893 konnte der erwähnte Besitzer der Klybeckinsel die Stadt dazu bewegen, den alten Rheinarm im oberen Bereich aufzufüllen, um Verschlammung und Gestank Herr zu werden und einen Zufahrtsweg auf die bis dahin isolierte Insel zu schaffen.<sup>63</sup> Der dynamische Fluss machte sich allerdings immer wieder bemerkbar. In Reaktion auf die Wasserschäden wurde die Sohle der Wiesemündung korrigiert und die Dämme bis zum rechten Rheinufer der Klybeckhalbinsel befestigt.<sup>64</sup> Als das Baudepartement 1896 das Strassennetz im Klybeck neu plante [23],<sup>65</sup> machte

der Strassenbau weitere Auffüllungen und Unterdahlungen notwendig. Im Jahr darauf wurde auf Höhe der Inselstrasse ein offizieller Kehricht- und Schuttablageungsplatz eingerichtet, mit einer Rampe zur Entsorgung in den Rhein, aber auch der Ablagerung von Schutt vor Ort.<sup>66</sup> Die mehrheitlich brachliegende Klybeckhalbinsel war dafür besonders geeignet, weil sie nah an verschiedenen Fabriken lag, welche auf Entsorgungsstellen angewiesen waren. 1901 machten sich bis zu hundert Arbeiter daran, die Klybeckhalbinsel zu befestigen, Wald und Büsche zu roden und Schutt umzulagern.<sup>67</sup> Der Zwischenzustand des Klybecks hatte aber noch Jahre Bestand. 1915 fanden im stehenden Wasser des verbliebenen Stücks alter Rhein zwischen der Insel und dem Festland beim Klybeck Stechmücken ideale Lebensbedingungen.<sup>68</sup> Die Eingriffe in den Lauf des Wassers veränderten immer auch die ökologischen Bedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen.

### **Historische Schichten in Raum und Zeit**

Die wenig zielgerichtete Umnutzung des Klybecks um die Jahrhundertwende erklärt sich auch durch das fehlende Bewusstsein für das Potenzial der Grossschiffahrt auf dem Rhein.<sup>69</sup> Das (wasser-)wirtschaftlich schrittweise neu ausgerichtete Areal war kein frei entworfener Raum; vielmehr mussten sich die Befestigungen und Auffüllungen des Klybecks an der Dynamik des Wassers und den Strukturen des historischen Wasserbaus ausrichten. Genauso war der Strassenbau geprägt von den Wechselwirkungen zwischen dem alten Wassernetzwerk und den neuen stadtplanerischen Ansprüchen [23].<sup>70</sup>

In den aufgefüllten Bodenschichten und der Strukturierung der Bebauung ist das verschwundene offene Wasser immer noch sichtbar. Diese historischen Schichten in Raum und Zeit verdeutlichen die wechselhafte Geschwindigkeit der Veränderungen im Stadtraum. Eine mehrere hundert Jahre bestehende Infrastruktur und ein entsprechendes Ökosystem wurden im Klybeck innerhalb weniger Jahrzehnte überlagert. Die Zustände davor verdeutlichen, wie intensiv der Basler Stadtraum an vielen Stellen vom Wasser geprägt und wie stark die stadtnahe Fluss- und Uferzone mit ihm verwoben war.<sup>71</sup> Das Klybeck ist im Kontext des weiteren Stadtraums beispielhaft für eine besonders starke Veränderung und Überlagerung städtischer Lebensformen und Beziehungen mit Wasser. In den Langen Erlen und im St. Alban sind die Spuren des offenen Wassers in Form von Wässerwiesen, Kanälen und Mühlrädern offensichtlicher, gerade weil sie restauriert und als Erinnerungsorte erhalten wurden.

# Cholera: Statistik, Kartografie und die Neuordnung des Stadtraums um 1850

Lina Gafner

In der Basler Geschichtsschreibung spielt die Cholera eine tragende Rolle. Laut Paul Siegfried etwa gab sie den «Anstoss» für die «Umwandlung Basels aus einer seit Jahrhunderten von Seuchen beunruhigten in eine gesunde Stadt».<sup>72</sup> Die Cholera ist Teil der Erzählung über die europäische Moderne: Eine Krankheit, die ganz Europa in Panik versetzte, der die Zerstörung der Zivilisation zugetraut wurde, verhalf der modernen Stadt zum Durchbruch.<sup>73</sup> Die Choleraepidemie von 1855 fiel auch in Basel mitten in eine Zeit beschleunigten Wandels. Nicht nur das Gesicht der rasch wachsenden Stadt veränderte sich, auch die Wissenstechniken im Umgang mit städtischem Raum wurden neu gedacht. Wie konnten Seuchen künftig daran gehindert werden, in die Stadt zu gelangen und sich ungehindert darin zu verbreiten? Statistische Erhebungen und Plangrundlagen wurden als Techniken der Hygiene zur Wissensbasis für einen neuen Blick auf die Ordnung der Stadt und des städtischen Zusammenlebens.

## Mauern gegen Seuchen

Im 19. Jahrhundert verbreitete sich die Cholera in mehreren Wellen durch Europa. 1830 und 1855 stand sie vor den Toren Basels wie ein übermächtiger Feind. Kriegsmetaphorik war unter Mediziner\*innen und Politikern in der Rede über diese Seuche beliebt und verbreitet. Auch in Basel wollte man alles Nötige tun, damit die Cholera «nie unsre Mauern überschreite».<sup>74</sup> Noch 1881, als sich die Krankheit erneut ankündigte, schloss Wilhelm Klein, radikalliberaler Vorsteher des Sanitätsdepartements, seinen Bericht an den Regierungsrat zur Cholerafahre mit ebendiesem kriegerischen Pathos: «Sollte trotz alledem der Feind bei uns eindringen, so werden wir fortfahren, denselben so lange mit Ruhe und männlichem Muthe zu bekämpfen, bis wir ihn bezwungen haben.»<sup>75</sup> Die Mauer war zu diesem Zeitpunkt schon weg, doch das Bedürfnis nach Ordnung verheissender Grenzziehung hatte sie überdauert.

Beim Schutz vor Epidemien hatte die Stadtmauer bis in die 1850er-Jahre ihre feste Funktion. An den Stadttoren, wo Menschen, Tiere und Waren passierten, vermutete man auch ein Schlupfloch für die Cholera [24]. Sanitarische Grenzkontrollen waren dort üblich, sollten jedoch den für die Stadt lebenswichtigen Handel





**24 Menschen am Steinertor. Foto: Adam Varady, um 1864.** — Zum Zeitpunkt dieser Aufnahme hatte die Schleifung der Stadtmauer bereits begonnen und die Stadttore verloren ihre Bedeutung als Orte der Einlasskontrolle: Wer darf hinein, wer nicht? Die Menschen auf dem Bild kannten das alte Mauerregime noch gut.

nicht beeinträchtigen. Seuchenabwehr war auch Handelspolitik.<sup>76</sup> Im 18. Jahrhundert war das Basler Sanitätswesen dem Direktorium der Kaufmannschaft unterstellt und ein Sanitätsrat sollte darüber wachen, dass der Handel in der Stadt durch Epidemien nicht beeinträchtigt wurde.<sup>77</sup> Angesichts der zweiten Cholerawelle von 1855 wurden die Grenzregime im Vergleich zu 1830 gelockert. Waren sollten frei verkehren dürfen, Bettlerinnen und «Vaganten» aber dem Stadtraum fernbleiben.<sup>78</sup> Dabei spielten handelspolitische und diplomatische Interessen eine wichtige Rolle: Man wollte im Ausland nicht in Verruf kommen und hielt sich deshalb bei der Grenzpolitik in Absprache mit der Eidgenossenschaft an das Vorbild anderer Staaten.<sup>79</sup> Zudem hatte sich in ganz Europa die Abriegelung von Städten für die Seuchenabwehr als wirkungslos erwiesen. Die Stadtmauern waren somit auch für die Hygiene ohne Belang. Rhetorische Grenzwälle traten an ihre Stelle, wenn Medizin und Politik sich vornahmen, die Stadt anderweitig gegen die Cholera zu rüsten. Ende Juli 1855 fand sie dennoch ihren Weg in die Stadt. Innerhalb weniger Wochen wurden rund vierhundert Ansteckungen registriert. Die Hälfte der betroffenen Menschen starb an der Krankheit.

## Die Cholera legt eine Spur durch die Stadt

Wie genau sich die Cholera verbreitete, darüber stritt sich die Medizin durchs ganze 19. Jahrhundert hindurch. Vertreter der Miasmentheorie gingen davon aus, dass Epidemien natürliche Ereignisse waren und primär durch die Luft transportiert wurden. Kontagionisten sahen sie als soziale Phänomene, etwa als Effekte engen Zusammenlebens und schlechter hygienischer Verhältnisse. Die beiden Theorien implizierten unterschiedliche medizinisch-polizeiliche Massnahmen: Gegen eine miasmatische Cholera sollte das Ausräuchern von Häusern und Strassenzügen helfen, wobei gegen die Epidemie als Naturereignis letztlich eine gewisse Machtlosigkeit zurückblieb. Eine kontagiöse Cholera dagegen war menschengemacht. Gegen sie mussten Isolation, Quarantäne oder zumindest bessere hygienische Verhältnisse helfen. Die je nach Theorie ganz unterschiedlichen Massnahmen entsprachen auch konträren politischen Positionen. Politik und medizinische Theoriebildung waren somit eng verflochten und drehten sich um eine zentrale Frage der Zeit: Wie stark und mit welchen Mitteln sollte der Staat bei der Seuchenprävention und -bekämpfung eingreifen?<sup>80</sup> Einer der einflussreichsten Mediziner rund um die Cholera war der deutsche Hygieniker Max von Pettenkofer. Er ging davon aus, dass das Grundwasser, bestimmte Wetterlagen, Feuchtigkeit, menschlicher Kot und ein eigentümlicher Gärprozess in einem komplexen Zusammenspiel die Cholera entstehen liessen.<sup>81</sup> Der Einfluss seiner ‹Boden-Grundwasser-Theorie› ist auch in Basel stark spürbar.

Nachdem also 1855 die Cholera auf das Basler Stadtgebiet vorgedrungen war, galt es den Überblick zu behalten und ihrer Spur zu folgen, um das Schlimmste zu verhindern. Eine Cholerakommission und ein Choleraausschuss wurden gebildet, die Stadt wurde in Quartiere aufgeteilt und jedes Quartier einem zuständigen Arzt unterstellt. Jede erkrankte Person wurde lokalisiert, erfasst, mit Alter, Geschlecht, Beruf, Strasse und Hausnummer vermerkt.<sup>82</sup> Die Kranken waren die Spur, die die Seuche auf ihrem Weg durch die Stadt hinterliess. Die genaue Aufzeichnung dieser Spur konnte helfen, die Cholera zu verstehen und letztlich zu besiegen. An strategischen Orten platzierte die Verwaltung Spitäler und Lazarette zur Unterbringung mittelloser Kranker, für die zu Hause keine Isolation und Pflege möglich war.<sup>83</sup> In jedem Quartier sollte ein Quartierverein kontrollieren, ob der Aufruf zu Reinlichkeit befolgt wurde. Seuchenherde sollten rasch lokalisiert und weitere Ansteckungen vermieden werden. Im Zentrum des Geschehens arbeitete ein Zentralbüro, in dem alle Informationen aus den Quartieren zusammenflossen und ein Desinfektionsmittel abgeholt werden konnte. Die Wohnungen der

Erkrankten wurden desinfiziert und die Kranken währenddessen in der Kaserne untergebracht. Wer sich weigerte, wurde der Stadt verwiesen.<sup>84</sup>

Die Umsetzung dieser systematischen Ordnung war nicht lückenlos möglich. Doch zeigt sich in diesem Plan ein ordnender Blick auf den städtischen Raum, der sich die Frage stellte, was in der Stadt wo hingehörte, wo die Problemzonen lagen und welche Massnahmen helfen konnten. Als die Cholera schliesslich wieder verschwunden war, kam der Moment für eine Bilanz und einen Blick in die Zukunft. Cholerakommission und -ausschuss forderten 1856 eine Reihe von Massnahmen, um künftig besser gegen Seuchen gewappnet zu sein. Die Massnahmen umfassten das Gewerbe, die Gewässer und das Wohnungswesen.<sup>85</sup> Sie gingen ganz in Pettenkofers Sinn davon aus, dass die Ansteckungsgefahr in verunreinigtem Boden und Wasser an bestimmten Orten der Stadt verborgen lag, ebenso in der schlechten Luft der Wohnungen jener Menschen, die auf engem Raum zusammenlebten. Es waren Forderungen nach einer ‹Assanierung›, einer sanitarischen Reform der Stadt, wie sie in dieser Zeit in ganz Europa gestellt wurden.<sup>86</sup>

### Statistik, Krankheit und Raum

Statistik hat immer mit Raum zu tun. Denn statistische Daten zielen darauf ab, Aussagen über ein bestimmtes Territorium zu machen. Der jeweilige Erkenntnisgewinn hängt von der gestellten Frage ab. Im 18. Jahrhundert wurden in Basel bereits vereinzelt systematische Daten über die Bevölkerung, ihren Besitz und ihre Herkunft erhoben: 1770 wollte die Obrigkeit in der Stadt zum Beispiel die Vorräte eines jeden Dorfes auf der Landschaft kennen, um ihre Getreidepolitik in Notzeiten anzupassen sowie der Auswanderung und dem Aufruhr vorzubeugen.<sup>87</sup> 1779 wurden die Stadtbewohnerinnen und -bewohner gezählt, motiviert durch die Frage, ob die Aufnahme zusätzlicher Bürger nützlich oder schädlich sei. Auch die Medizin entdeckte

im beginnenden 19. Jahrhundert die Möglichkeiten der Statistik. Um Seuchen besser zu verstehen und letztlich kontrollieren zu können, führten Stadtärzte Buch über die Erkrankten und Verstorbenen ihres Zuständigkeitsgebiets. Für die Cholera von 1855 lieferte der Basler Stadtarzt Dr. Ludwig De Wette seinen Bericht ab. Er hatte Daten über das Geschlecht, die Herkunft, das Alter und den Wohnort der Erkrankten wie auch über meteorologische Daten während der Epidemie gesammelt und brachte die Daten in ein Verhältnis zueinander. So versuchte er herauszufinden, was den ‹Charakter› der Cholera auszeichnete, was ihren Verlauf beeinflusste und wer der Gefahr einer Erkrankung eher ausgesetzt war.<sup>88</sup>

## **Unsichtbare Stadtschichten:**

### **Die Krankheit versteckt sich unter der Erde**

Als zentrales Problemgebiet identifizierte der Choleraausschuss die Häuser rund um den Birsig, wo die meisten Ansteckungen stattgefunden hatten. Deren Abtritte führten direkt in den Bach, der manchmal viel, häufig aber nur ganz wenig Wasser führte und bei niedrigem Wasserstand den ganzen Dreck nicht wegzuspülen vermochte. Die betroffenen Häuser standen zudem am Fuss des Kohlenbergs. Sie nahmen durch ihre Wände die unterirdische Feuchtigkeit auf, die von dort nach unten drückte und teilweise aus undichten Abzugsgräben floss. Das dreckige Wasser aus diesen Abflüssen gelangte nicht nur in die Hauswände, sondern auch in die Sodbrunnen und damit ins Trinkwasser.<sup>89</sup>

Ein Krankheitsherd lag also in der am schwierigsten erreichbaren Schicht der Stadt: unter der Erde, bei den Dohlen und Abzugsgräben des altersschwachen und überlasteten Abflusssystem. Wo genau die unterirdischen Kanäle verliefen und wo ihre undichten Stellen lagen, wusste niemand. 1857 beantragte deshalb eine Kommission zur Beratung und Begutachtung der verschiedenen Vorschläge des früheren Choleraausschusses die Aufnahme eines genauen Stadtplans «mit allen Nivellements und Angaben der über- und unterirdischen Bauten und Einrichtungen, da eine solche noch mangelnde Aufnahme nötig sei, wenn über zweckmässige Korrekturen des Birsigs und die passende Anbringung von Dohlen und Abzugsgräben erspriessliche Untersuchungen gemacht werden sollen». Zur genauen Abbildung der Verhältnisse wurde unter anderem auch «das Aufbrechen der Strassen zur Auffindung der Kanäle» geplant und mit 4640 Franken budgetiert.<sup>90</sup> Um die Situation zu überblicken und gesamthaft zu verbessern, brauchte man Pläne. Und um unter den Erdboden zu sehen, musste man ihn aufreissen, was aufwendig und teuer war. Im Wunsch nach einer Ordnung der unterirdischen Verhältnisse zeigte sich eine Problematik der städtischen Territorialkontrolle, Planung und Kartografie: dass sie von der Fläche ausging, von einem Gebiet, das sich zweidimensional verzeichnen lässt. Städtischer Raum ist aber nicht flächig, sondern volumetrisch.<sup>91</sup> Und die Krankheit bewegte sich nicht auf einer planen Ebene, sondern fand ihre Wege in allen Schichten der dreidimensionalen Stadt und quer durch sie hindurch.

## Dynamische Räume und die ständige Vermessung Basels

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Besitzverhältnisse der städtischen Grundstücke durch Handänderungen, Grundstücksteilungen, vermietete und untervermietete Räumlichkeiten für die Verwaltung immer unübersichtlicher. In vielen Fällen war unklar, wo die Grenzen eines Grundstücks verliefen und wem es gehörte. Seit 1807 gab es ein Hypothekenbuch und ab 1852 hatten nur noch «eingeschriebene Hypotheken Geltung».<sup>92</sup> Eigentümerschaften, auf denen keine Hypothek lag, waren damit immer noch nirgendwo registriert. Als der Choleraausschuss eine Klärung der Besitzverhältnisse verlangte, erhielt die lange Zeit verzögerte Einführung eines Grundbuchs neuen Schub. Das Grundbuchgesetz von 1860 besagte, dass erst mit dem Grundbucheintrag eine rechtliche Übertragung des Eigentums erfolgte. Das Grundbuch war eine Art Protokoll, das laufend aktualisiert werden und jederzeit sichere Auskunft über Besitzverhältnisse geben sollte.<sup>93</sup>

Auch eine neue Vermessung Basels stand bereits seit vielen Jahrzehnten an. Vor allem auf dem Land war um 1800 die Unzufriedenheit gross, weil die von den Stadtherren geforderten Grundsteuern auf ungenauen Vermessungen beruhten. Erst 1823 gab der Kleine Rat der Landwirtschaftskommission einen entsprechenden Auftrag.<sup>94</sup> Im Kanton Basel sollten riesige Flächen Land, Dörfer, Gemeindegewald und Staatsgüter vermessen werden. Doch mitten in die Arbeiten fiel die Kantonstrennung, und das Werk blieb unvollendet.<sup>95</sup> Auch auf dem Stadtgebiet lag durch die beschleunigte Bautätigkeit und rasche Handänderungen vermessungstechnisch einiges im Argen. Der Hypothekenbuchverwalter und die Katasterschreiberei kamen mit dem neuen Tempo nicht mit. Weil unklare Grenzverläufe und Besitzverhältnisse erfahrungsgemäss zu Klagen und Unruhe führten, schlug das Justizkollegium 1854 Alarm und verlangte Abhilfe. Der neue Kantonsgeometer Rudolf Falkner stellte derart grosse Ungenauigkeiten bei der Vermessung und Fehler bei der Katasterführung fest, dass nur eine systematische Neuvermessung aller Grundstücke helfen konnte.<sup>96</sup> Falkner begann mit seinen Arbeiten ausserhalb des Stadtbanns, der aus Sicht der Stadtentwicklung von primärem Interesse war. Zur selben Zeit entstanden im Auftrag von Baukollegium und Regierung Übersichtspläne für die Stadterweiterung. Man dachte grossräumig und rechtwinklig, um den Boden bestmöglich auszunutzen und die technische Infrastruktur bereits einzuplanen.<sup>97</sup>

**Eine neue Vermessung Basels stand seit vielen Jahrzehnten an**

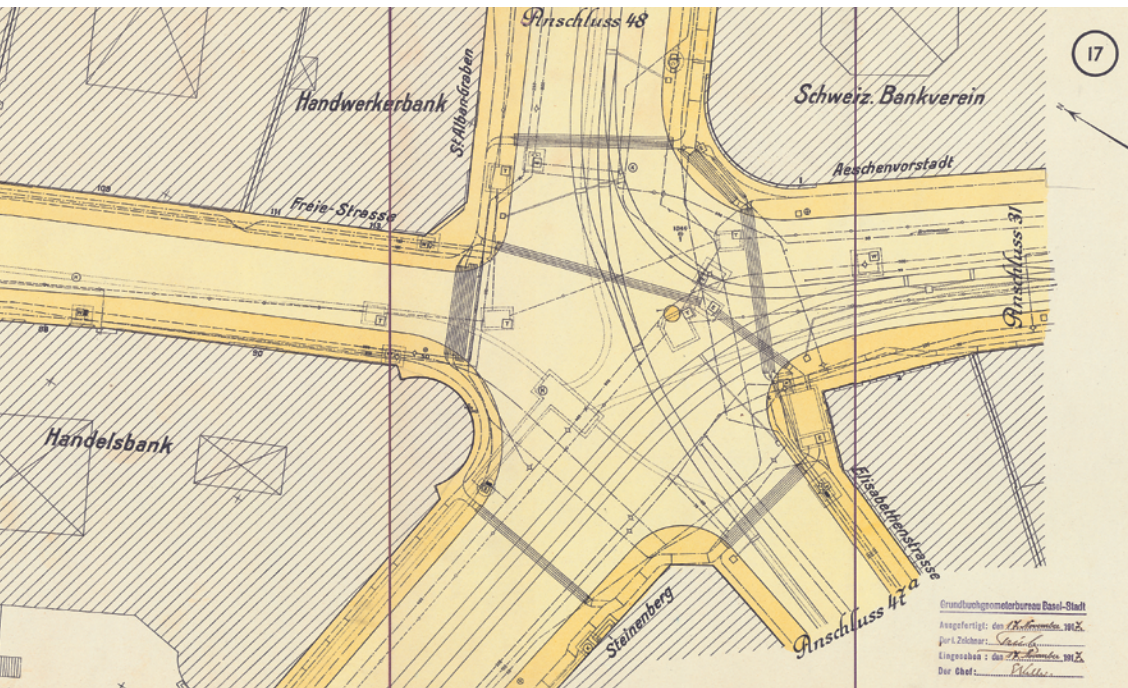
Dagegen verortete die Sanitätskommission aufgrund der Cholera den grössten Handlungsbedarf in der Stadtmitte und forderte hierfür neue Plangrund-

lagen. 1857 wurde der Geometer Ludwig Heinrich Löffel beauftragt, mit der Stadtvermessung von diesem Gebiet ausgehend zu beginnen. Löffel und Falkner arbeiteten zwar parallel, aber nicht zusammen, weshalb ihre Pläne schliesslich nicht kompatibel waren. Entgegen den Vorschriften war der Grenzverlauf der von ihnen vermessenen Parzellen teilweise nicht markiert. Demzufolge stellte sich schon bei Beendigung der Vermessung heraus, dass Löffels Pläne der Innenstadt den Ansprüchen nicht genügen würden. Löffel war mit Dank entlassen, Falkner übernahm seine Aufgabe. Gemäss Forderung des Choleraausschusses vermäss er auch die Aborte und trug diese als schwarze Punkte in den Katasterplan ein, der 1867 erschien: ein Plan für das Kleinräumige, der Ordnung in die Unübersichtlichkeit der Wohnverhältnisse in der Innenstadt bringen sollte. Was allerdings in der Erde vor sich ging, blieb weiterhin unverzeichnet.

### **Der unterirdische Möglichkeitsraum**

1865 hatte eine Typhusepidemie in der Stadt mehr Kranke und mehr Tote zur Folge als die Cholera. Mit dem Typhus aktualisierten sich die Empfehlungen der Cholerakommission.<sup>98</sup> Nun wurde ein ausführlicher Bericht über das Dolenwesen verlangt, den der Kantonsingenieur Johannes Merian 1867 ablieferte. Merian vertortete die Probleme in undichten Dolen, Sickergruben und überlaufenden Zisternen. Er empfahl eine flächendeckende Kanalisation, hauptsächlich vom Staat unterhalten und regelmässig durch ein Schwemmsystem zu spülen, was wiederum ein Druckwassersystem voraussetzte.<sup>99</sup> Ab den 1880er-Jahren wurden die Abflusskanäle abschnittsweise verbessert. Über ein Gesetz zur flächendeckenden Kanalisation, das den Anschluss von Privathäusern obligatorisch machen sollte, führte Basel seine erste Volksabstimmung durch. Das Gesetz wurde zwar entschieden abgelehnt, doch für die neue Kanalisation war das letztlich kein Hindernis.<sup>100</sup>

Aus Sicht der Sanitätsbehörden ein wichtiger Schritt war die Verschiebung der Abflüsse vom Birsig in den Rhein, der – so dachte man – über genügend Wasser verfügte, um damit klarzukommen. Als man in den 1860er-Jahren bemerkte, dass aus den Farbenfabriken äusserst giftige Stoffe abflossen, wirkte sich dies insofern auf die Überlegungen zur Kanalisation aus, als man feststellte, dass für stark säurehaltige Gewerbeabwässer besonders resistente Abflussrohre verbaut werden mussten. Diese wurden fortan in einer separaten Röhre direkt in das tiefere Flussbett geleitet.<sup>101</sup> Aus der Zuständigkeit, aus dem Sinn: Dank dem Rhein konnte alles «Hineingeleitete sofort aus dem Bereiche Basels verschwinden». Bis in die 1980er-Jahre mutete die Stadt <ihrem> Fluss noch sämtliche Abwässer direkt und ungeklärt zu.<sup>102</sup>



**25 Situationsplan Leitungskataster, Abschnitt Freie Strasse, 1917.** — Ab 1913 wurden sämtliche unterirdisch verlegten Leitungen in einem Leitungskataster verzeichnet, hier der frühere «Bankenplatz», heute Kreuzung «Bankverein».

Die Infrastruktur der modernen Stadt ist seither in immer komplexeren unterirdischen Netzwerken organisiert: Elektrizität, Frischwasser, Abwasser, Gas, Telefon, Rohrpost, Glasfaser. Im städtischen Untergrund versteckt, stört der Fortschritt nicht das Auge, kommt Bestehendem weniger in die Quere und mindert das Risiko von Schadenfällen. Letzteres allerdings nur, wenn über diese Schicht, diesen unterirdischen Möglichkeitsraum Buch geführt und seine Bebauung in Plänen festgehalten wird. Gerade was verborgen ist, muss umso genauer und konsequenter verzeichnet werden. Nach schweren Unfällen bei Grabungsarbeiten und Leitungsbrüchen wurde 1913 ein Leitungskataster eingeführt, der seither die unterirdische Infrastruktur verzeichnet und über die immer kleiner werdenden Freiräume unter der Stadt Aufschluss gibt [25].<sup>103</sup> Diese Pläne sind aus Sicherheitsgründen nur eingeschränkt einsehbar. Es sind zweidimensionale Darstellungen eines unzugänglichen Raums, der als Projektionsraum für eine Vielzahl von Stadtentwicklungsutopien dient.

## **Wohnraum und Luftkubus:**

### **Der öffentliche Zugriff auf private Räume**

Eine volumetrische Perspektive, die den städtischen Raum in seiner Dreidimensionalität in den Blick nimmt, entspricht der stadträumlichen Perspektive der Miasmatheorie. Die Verbreitung von Krankheiten erfolgte gemäss dieser Lehre, wie angedeutet, aus einem Zusammenwirken lokaler Eigenheiten des Bodens und schlechter Luft. Und diese krankmachende Luft, davon ging man in Basel aus, fand sich insbesondere in den stickigen, feuchten und übelriechenden Wohnungen jener Menschen, die auf engem Raum lebten. Aber auch in stinkendem Gewerbe, etwa den Gerbereien und Schlachthäusern, oder rund um nachlässig und zu nah am Menschen gehaltene Tiere. Zur besseren Kontrolle dieser Verhältnisse rief die Sanitätskommission die Bevölkerung dazu auf, bezüglich unreinlicher Wohnungen, störender Miststöcke in Hinterhöfen und Ähnlichem Anzeige zu erstatten. Ab 1854 führte sie ein Register über «ungesunde Wohnungen».<sup>104</sup> Berichte von Wohnungsinspektoren erwähnten meist als Erstes den Geruch, der ihnen beim Betreten einer angezeigten Wohnung entgegenschlug, und verliehen damit der Bedeutung der ungesunden Luft Nachdruck.<sup>105</sup>

Der Choleraausbruch von 1855 bestätigte die Vermutung: Bewohnerinnen und Bewohner von engen, ärmlichen Häusern waren am stärksten betroffen.<sup>106</sup> Während die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) den Grund dafür in deren unreinlicher Haushaltsführung sah und in den 1850er-Jahren in einer Hygienekampagne auf die Erziehung der Arbeiterschicht setzte, forderte der Choleraausschuss in seinem Generalbericht 1856 stattdessen eine stärkere Überwachung des Miet- und Kostgängerwesens.<sup>107</sup> Gingen den Staat private Räume und ihre Nutzung etwas an? Durfte er sich in die Mietverhältnisse einmischen? Der Choleraausschuss vertrat überzeugt diese Meinung, die stark umstritten war und nicht unwidersprochen blieb.<sup>108</sup>

Das Wissen um die Wohnverhältnisse und ihren mutmasslichen Einfluss auf die öffentliche Gesundheit führte in Basel noch lange nicht zu deren Verbesserung. Vielmehr spitzte sich das Elend in den kommenden Jahrzehnten noch zu. Für die soziale Frage bot die Statistik die Möglichkeit, durch den vermeintlich objektiven Tatsachenblick Licht ins Dunkel sozialer Verhältnisse zu bringen und mit Zahlen einen Handlungsbedarf für staatliche Intervention zu belegen. In Basel mündete diese Konstellation im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in eine enge Verflechtung von Sozialpolitik mit wissenschaftlicher Forschung im Bereich der Nationalökonomie und der Sozietätenbewegung.<sup>109</sup> Aus diesen Kreisen wurde eine breit angelegte





**26** Fotografie, archiviert unter dem Titel «Wohnverhältnisse, Schlafzimmer» im Staatsarchiv Basel-Stadt, um 1900. — Das Bild ist Teil einer Fotodokumentation des Gesundheitsamtes, die um 1900 entstand. Es zeugt vom Blick der Verwaltung auf die Wohnungen der ärmeren Bevölkerung.

Wohnungsenquête gefordert, um die Wohnräume in Basel systematisch zu durchleuchten. Diese umfassende Erhebung bezog sich zur Legitimierung ihres Vorgehens und der aus ihren Erkenntnissen abgeleiteten Forderungen noch 1889 wesentlich auf den dreissig Jahre zurückliegenden Bericht des Choleraausschusses.<sup>110</sup> Doch die Enquête bediente verschiedene Wissensfelder gleichzeitig: Sie erfasste Berufe und Lebensbedingungen von Mieterinnen und Mietern und erlaubte dadurch sozialpolitische Erkenntnisse. Sie verzeichnete bauliche und sanitärische Mängel in den Wohnungen und half damit der bau- und sanitätspolizeilichen Aufsicht [26]. Und sie war durchdrungen von medizinischem Wissen über Hygiene und Krankheiten.

Dies zeigt sich am sogenannten Luftkubus: ein von deutschen Hygienikern definierter Mindestluftraum, den ein Mensch in seiner Wohn-, Schlaf- und Arbeitsumgebung brauchte, um gesund zu bleiben. Festgelegt wurde dieser Grenzwert durch Ventilationsexperimente und physikalische Berechnungen zum Luftaustausch in einem Raum.<sup>111</sup> Die Wohnungsenquête erfasste, wie viele Personen in einer Wohnung lebten und wie gross der Luftraum war, der pro Person im Schlafräum zur Verfügung stand.<sup>112</sup> Dieser Grösse wurde so grosse Bedeutung zugemessen, dass sie sogar bezüglich der Mindestmasse für die zulässige Grösse von Schlafräumen ins

Basler Wohnungsgesetz von 1907 einfluss: «Räume dürfen nur soweit zum Schlafen benützt werden, als auf jede darin schlafende Person mindestens 10 m<sup>2</sup> oder, wenn die Schlafräume auch als Arbeitsräume benutzt werden, mindestens 15 m<sup>2</sup> Luft-raum entfallen.» Das Gesetz war bis 2018 in Kraft.<sup>113</sup> Es hatte die «Absicht, die öffentliche Gesundheitspflege durch Beaufsichtigung und Verbesserung der Wohnungen in Bezug auf ihre sanitarischen Verhältnisse zu fördern». Zugleich wurden dadurch die für die Behörden undurchsichtigen Miet- und Untermietverhältnisse und das Kostgängertum des späten 19. Jahrhunderts unter Kontrolle gebracht.

### **Territoriale Räume und ihre Verflechtung**

Basel hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts stark verändert, und die Cholera trug ihren Teil dazu bei. Die Schleifung der Stadtmauer, die Stadterweiterung, das Verschwinden des Wassers in den Untergrund sind sichtbare Zeichen baulicher Veränderungen. Im Hintergrund waren neue Wissenstechniken und Wissensbestände am Werk: Hygiene, Statistik und Kartografie sollten gelebte Raumwahrnehmung in eine administrative Ordnung bringen. In einer immer schneller wachsenden und sich rasch auch in ihrem Innern verändernden Stadt erscheint der Anspruch, einen Zustand auf einer Karte abzubilden, wie ein Kampf gegen Windmühlen. Doch gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in Zeiten eines sich dynamisierenden Stadtraums, gewann die Kartografie an Gewicht. Sie wurde weiterentwickelt und optimiert, in die Verwaltung integriert, differenziert und personell ausgebaut. Aktualisierbare Medien wie das Grundbuch und das Katasterbuch zielten darauf, ähnlich einem Protokoll die Veränderungen im städtischen Raum festzuhalten und abrufbar zu machen.

Eine eigene Herausforderung war – und ist – die Erfassung des städtischen Raums unterhalb der Erdoberfläche. Denn der Anspruch auf eine politische, rechtliche, administrative und technologische Kontrolle über den städtischen Raum schliesst auch Luftraum und Untergrund mit ein.<sup>114</sup> Dass die Möglichkeiten dieser Kontrolle begrenzt sind, zeigen Epidemien, die sich, ebenso wie Schadstoffe, nicht an politische oder administrative Grenzen halten. Ihrer Logik der Verbreitung steht noch heute – auch ohne Mauerwerk und nicht nur in Basel – die Logik der Territorialität, der Zuständigkeits- und Hoheitsgebiete gegenüber. Trotz internationaler Abkommen und einer globalisierten Wissensgesellschaft fallen sowohl Epidemien wie auch Schadstoffemissionen in die Zuständigkeit von Gemeinden, Kantonen, Städten und Nationen. Dies, obwohl längst klar ist, dass die Territorialität jeder administrativen Einheit im Umgang mit solchen Herausforderungen im besten Wortsinn an ihre Grenzen stösst.

# Moderne Räume zeitloser Vergangenheit: Die Sanierung der Altstadt

Gerhard Vinken

Die vertrauten Häuserzeilen der Basler Altstadt vermitteln den Eindruck, als wäre hier ein Stück alter Stadt ‹auf uns gekommen›, ein dem Strom der Zeit abgerungenes ‹Alt-Basel›. Und selbstverständlich ist der historische Stadtkern reich an Geschichtszeugnissen: Strassenverläufe und Parzellierung überliefern wesentliche Strukturen der mittelalterlichen Stadtlage, auch viele der bestehenden Häuser reichen ins 16. und 17. Jahrhundert oder gar ins Mittelalter zurück. Über viele Jahrhunderte ist Basel von verheerenden Flächenbränden ebenso verschont geblieben wie von grösseren kriegerischen Auseinandersetzungen, sodass nicht nur Keller, Mauerwerk und Dachstühle, sondern teils auch Treppen, Stuckdecken oder Fenster, ja selbst vorindustrielle Verglasungen in grosser Zahl erhalten sind. Dennoch richtet dieser Beitrag das Augenmerk auf das ‹Making of›, auf jene Prozesse, in denen die Altstadt geformt und gestaltet worden ist und denen viele Strassenzüge ihre prägnante Bildhaftigkeit verdanken.<sup>115</sup> Hinterfragt werden mit anderen Worten die Authentizitäts- und Ursprünglichkeitsbehauptungen, die bereits in Begriffen wie ‹Altstadt› oder ‹Alt-Basel› aufgerufen sind. Basels Altstadt ist eben kein unschuldiges ‹Zeugnis› einer ‹guten alten› Zeit, sondern ein Stadtraum, der durch Entscheidungen und auch konflikthafte Auseinandersetzungen gestaltet wurde. Prägend waren hier insbesondere die Sanierungsprozesse seit den 1930er-Jahren, als deren Produkt die Basler Altstadt als ein einheitlich erfahrbarer Raum erst entstanden ist.<sup>116</sup>

Die Geschichte der Basler Altstadt beginnt allerdings, auch wenn der Begriff selbst erst später gebräuchlich wird, schon mit der Modernisierung der Stadt im 19. Jahrhundert. Eine markante Zäsur war der Abbruch des Befestigungsringes, der das Wachstum der Stadt nachhaltig behindert hatte. Die 1857 gefällte Entscheidung, den neuen ‹Centralbahnhof› vor die Stadt zu verlegen, machte die Entfestigung zwingend notwendig. Von 1861 bis 1878 wurden die Stadtmauern und Wallanlagen sukzessiv abgebrochen.<sup>117</sup> An ihre Stelle trat nach Wiener Vorbild ein Promenadenring.<sup>118</sup> Nach Protesten von Denkmalschützern, die sich nun verstärkt organisierten, wurden drei Stadttore erhalten und als Denkmalbauten in die neuen Grünanlagen integriert, obwohl diese ursprünglich ebenfalls zum Abriss freigegeben waren.<sup>119</sup> Bald war die Stadt von neuen Wohn- und Villenvierteln sowie Industriearealen

umgeben. Diese räumliche Umorganisation war auch für die Bildung der Altstadt wegweisend. Indem das alte Basel zum ‹historischen› Kern einer weitaus grösseren Stadt wurde, entstand das Gegensatzpaar Altstadt – Stadterweiterung, dem Attribute wie ursprünglich – modern, gewachsen – geplant zugeschrieben sind.

Nun wurde die historische, die ‹alte› Stadt nicht umstandslos zur Altstadt. Im Gegenteil waren die politischen Bestrebungen in Basel bis weit ins 20. Jahrhundert darauf gerichtet, den innerhalb des Promenadenrings gelegenen Stadtkern zu modernisieren. Im Namen der neuen Vorstellungen von Hygiene, Sicherheit und Verkehrsfluss wollte die noch junge Disziplin Stadtplanung einheitliche Standards im Stadtgebiet wie etwa eine Mindestbreite der Strassen durchsetzen.<sup>120</sup> Die ‹Korrektion› genannte Verbreiterung und Begradigung der Strassen war jedoch in der Kernstadt nur begrenzt umsetzbar, mussten doch für jede noch so geringfügige Verbreiterung sämtliche Häuser auf einer Strassenseite abgerissen werden. Auch wegen der damit verbundenen hohen Entschädigungszahlungen an die Besitzer:innen kam eine Korrektion nur für wenige Hauptgeschäftsstrassen infrage. In der Folge verschärfte sich in der Boom-Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Differenzierung der Kernstadt, die in der Topografie angelegt war. Eine Stadt von zwei Geschwindigkeiten entstand: Die sogenannte Talstadt mit dem Markt und den grossen Durchgangs- und Geschäftsstrassen, die sich auf die alte Rheinbrücke richteten, wurde weitgehend neu gebaut.<sup>121</sup> Bereits 1875 waren in der entstehenden City circa siebzig Prozent der Häuser erneuert worden.<sup>122</sup> Die Wohn- und Handwerkerquartiere an den schwerer zugänglichen Hanglagen wurden dagegen wirtschaftlich zunehmend abgehängt; fehlende Renditeerwartungen führten hier zu einem Sanierungsstau. Nachdem das wohlhabende Bürgertum in die neuen Vorstädte gezogen war, erfuhren diese ‹stillen› Viertel zudem eine starke Verdichtung, die etwa für das Gebiet Schneidergasse–Nadelberg–Spalenberg–Rosshofgasse gut dokumentiert ist.<sup>123</sup> Die grossen alten Häuser wurden oftmals aufgeteilt, Höfe überbaut. Entlang des Birsigs, der damals noch offen durch das Stadtgebiet floss, entstanden regelrechte Elendsquartiere.<sup>124</sup>

Es sind gerade diese ehemals unrentablen Viertel in Hanglage wie Heu-, Nadel-, Spalen- oder Leonhardsberg, die das Gesicht der Altstadt heute prägen. Doch wurden auch diese Gebiete mit einiger Verzögerung einem tiefgreifenden Modernisierungsprozess unterworfen: nicht durch Flächenabriss wie in der City, sondern durch ein neues, bald ‹Sanierung› genanntes Verfahren, das sich als Modernisierung ‹im Bilde der Stadt› beschreiben lässt. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden in den 1930er-Jahren geschaffen, mit erstmals insgesamt verbindlichen Bauregeln und Bauzonen.<sup>125</sup> Aus der als Bauzone 5 und

Korrektionsgebiet ausgewiesenen Kernstadt wurde hier zum ersten Mal eine ‹Schutzzone Altstadt› ausgegliedert, für die Sonderregelungen galten.<sup>126</sup> Erst die so vollzogene ‹saubere Trennung zwischen den Innerstadtkorrektionsgebieten und den sanierungswürdigen Altstadtzonen›, so die ‹Basler Arbeiter-Zeitung› anlässlich der Eröffnung der Ausstellung ‹Altstadt heute und morgen› (1945), schaffe die juristischen Voraussetzungen für die Entstehung zusammenhängender Altstadtquartiere.<sup>127</sup>

Die in der Folge auf den Weg gebrachte Sanierung, die sich bis weit nach Kriegsende hinziehen sollte, verfolgte nach den Worten von Lukas Burckhardt, dem Obmann der Sektion Basel der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz, ausdrücklich ein Doppelziel, nämlich die ‹aesthetische und hygienische Wiederherstellung› der Altstadt.<sup>128</sup> Die strukturelle Ähnlichkeit zu zeitgleichen, in Deutschland etwa in Köln unter nationalsozialistischer Regie und mit den Schlagworten ‹Gesundung und Entschandlung› durchgeführten Projekten ist unübersehbar.<sup>129</sup> Die Sanierung der Altstadtquartiere war damit keineswegs auf Bestandsschutz gerichtet. Auch für sogenannte Schutzzonen wurden Schutzbestimmungen im eigentlichen Sinne erst 1977 erlassen.<sup>130</sup> Vorher waren die Sanierungsgebiete baurechtlich gesehen Sonderzonen mit speziellen Regeln für das Bauen im Bestand. Statt der sonst in der Kernstadt vorgeschriebenen fünfgeschossigen Bauweise galt hier die individuelle Orientierung am Altbestand.

**Für die ‹Schutzzone Altstadt› galten Sonderregelungen**

Ob saniert oder neu gebaut werden sollte, stand weiterhin im Ermessen der Eigentümer. Allerdings veränderten die Auflagen die Kosten-Nutzen-Kalkulation. Vor allem die Begrenzung der Bauhöhe machte die Gebiete eher unattraktiv für Investitionen in Neubauten. Doch auch arbeitsaufwendige Sanierungen wären ohne massgebliche kantonale Hilfe kaum umsetzbar gewesen. Von 1936 bis 1946 wurde zur Linderung der Wirtschaftskrise eine Abgabe von einem Prozent auf alle Löhne und Gehälter erhoben. Aus diesem sogenannten Arbeitsrappen wurden bis Kriegsende vor allem Bauaufnahmen des historischen Hausbestands durch arbeitslose Architekten und Ingenieure bezahlt sowie die Ausarbeitung des Regelwerks für die Sanierung auf den Weg gebracht.<sup>131</sup> Nach dem Krieg wurden die Mittel vollständig für die Altstadtsanierung und Verschönerung umgewidmet, bis die Gelder 1974 schliesslich erschöpft waren.

Die Sanierung der Altstadt gibt sich so sehr weitreichend als eine Gestaltungsaufgabe zu erkennen, die neben wirtschaftlichen und hygienischen auch klare ästhetisch-formale Ziele formuliert. Diese Doppelaufgabe der Sanierung hat der wohl bedeutendste Schweizer Programmatiker Ernst Reinhard anschaulich



**27 Spalenvorstadt 28–20. Foto: Peter Heman, 1957. | 28 Spalenvorstadt 28–20. Foto: Atelier Eidenbenz, 1984.** — Im Rahmen der Altstadtsanierung erfolgte eine ästhetische Vereinheitlichung, Anpassung und Homogenisierung. Durch eine eingreifende und kontinuierliche Stadtbildpflege wurden Quartiere geformt, die eine unbestimmt-zeitlose Tradition aufrufen.

formuliert.<sup>132</sup> Zunächst zielten die Massnahmen auf eine Modernisierung im Sinne der neuen sanitären, sozialen und baupolizeilichen Standards. Darüber hinaus erfolgte eine umfassende «Stadtbildpflege» entsprechend der Heimatschutzdoktrin. In einem ersten, im Auftrag der Heimatschutzkommission verfassten «Zwischenbericht über die Altstadtsanierung» (1945) wurden zur «hygienischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Verbesserung [...] die Auskernung, Auflockerung, Beseitigung von Anbauten und insbesondere von Dachaufbauten, die Abstockung, die Verbesserung der Ladeneinbauten, die Entfernung der störenden Einzelteile» begrüsst.<sup>133</sup> Die alten Einheiten der schmalen Bürgerhäuser wurden von praktischeren Etagenwohnungen abgelöst: «Brausebad für alle» ist das Schlagwort für

eine Sanierung nach hygienischen Standards, die in einem Ausstellungskatalog von 1945 zur Altstadtsanierung entsprechend gewürdigt wurde.<sup>134</sup> Ein erwünschter Nebeneffekt war eine soziale Homogenisierung. Die sogenannte Wiedereinspeisung der Elendsviertel in den Wirtschaftskreislauf zog häufig einen starken Austausch der Bevölkerung und die Verdrängung von Randgruppen nach sich,<sup>135</sup> die heute als Gentrifizierung diskutiert wird.

Im Namen des zweiten, oft als Verschönerung bezeichneten Ziels der Altstadtsanierung erfolgte eine ästhetische Vereinheitlichung, Anpassung und Homogenisierung, die in diesem Rahmen nur angedeutet werden kann und die in ihren Ausmassen noch immer unterschätzt wird [27 | 28].<sup>136</sup> Ziel der Sanierung war eben nicht substanzieller Schutz und auch nicht historische Treue. Durch eine ebenso eingreifende wie kontinuierliche Stadtbildpflege wurden vielmehr Quartiere geformt, die einen einheitlichen, erfahrbaren Charakter aufweisen. Das von einer komplexen und konflikthaften Geschichte geprägte Stadtzentrum wurde so umgedeutet zu einer ‚Zone Heimat‘, die eine unbestimmt-zeitlose Tradition aufruft.

Insbesondere die zahlreichen Änderungen, Aus- und Umbauten aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden systematisch eliminiert und damit die vielfältigen Spuren einer zaghaften Kommerzialisierung und Modernisierung wieder getilgt, historistische Gesimse und Fensterrahmen und andere ‚fremdartige‘ Elemente durch ein rigoros durchgehaltenes Vokabular angeblich ‚Altbasler‘ Formen ersetzt. In vielen Fällen wurden mehrere schmale Häuser zusammengelegt und aufgestockt, sodass der Vorzustand kaum mehr zu erahnen ist. Um die Rendite zu erhöhen, wurden zum Teil einheitlich schlichte Schaufenster eingebrochen und die Dachgeschosse ausgebaut. Auch für Neubauten waren Material, Kubatur, Dach- und Fensterform vorgeschrieben. Ein synthetischer, oft unhistorischer Haustyp gab dabei das Vorbild. Sprossenfenster mit schlichten Rahmungen und Holzläden sind neben den unvermeidlichen Gauben dabei das Leitmotiv. Seither spricht nur noch eine Stimme, ein rigoroser Heimatschutzstil mit den immer gleichen Details, die der Basler Altstadt ihren unverwechselbaren Charakter geben sollen. Die Sanierung der Basler Altstadtquartiere ist über die Jahrzehnte zwar denkmalpflegerisch anspruchsvoller geworden, etwa im Umgang mit der historischen Substanz. Die ästhetischen Leitlinien sind aber bis heute ungebrochen.<sup>137</sup> Das Ergebnis dieser über Jahrzehnte verfolgten Stadtbildpflege sind homogenisierte Altstadtquartiere, die sich signifikant von den Geschäftsvierteln unterscheiden. Eine städtebauliche Leistung, deren Qualitäten auf der Hand liegen und deren Verluste nicht unterschlagen werden sollten.

# Feministische Stadtplanung in Basel

Yves Hänggi

Im März 1998 war die Basler Bevölkerung eingeladen, sich im Rahmen des Projekts Werkstadt Basel (WSB) an sogenannten Innovationswerkstätten (IWS) aktiv in die Stadtplanung einzubringen. Die IWS bildeten die erste Phase von Werkstadt Basel. Später ging daraus das ‹Aktionsprogramm Stadtentwicklung› hervor. Grundsätzlich waren die IWS quartierspezifisch angelegt. So hiess es beispielsweise: ‹Ihre Erfahrung und Ihr Fachwissen als BewohnerIn des St. Johann ist gefragt.›<sup>138</sup> Daneben wurden zwei gesamtstädtische IWS veranstaltet, an denen ausschliesslich Frauen teilnehmen durften. Das Projektteam von Werkstadt Basel hielt gegenüber Einwänden von Frauen der LDP und CVP fest, ‹dass Frauengruppen in Diskussionen um Stadtentwicklung deutlich andere Akzente und Schwerpunkte setzen als gemischte Veranstaltungen›.<sup>139</sup> Dies hätten ähnliche Projekte in anderen Städten gezeigt. Den Frauen-IWS lag die Annahme zugrunde, dass in der Stadtentwicklung spezifische ‹Sichtweisen, Schwerpunkte und Anliegen von Frauen› existierten,<sup>140</sup> weil Frauen den öffentlichen Raum spezifisch erlebten und nutzten. Damit folgten die Frauen-IWS nicht nur den Erfahrungen aus anderen Städten, sie schrieben sich auch in eine Basler Geschichte ein.

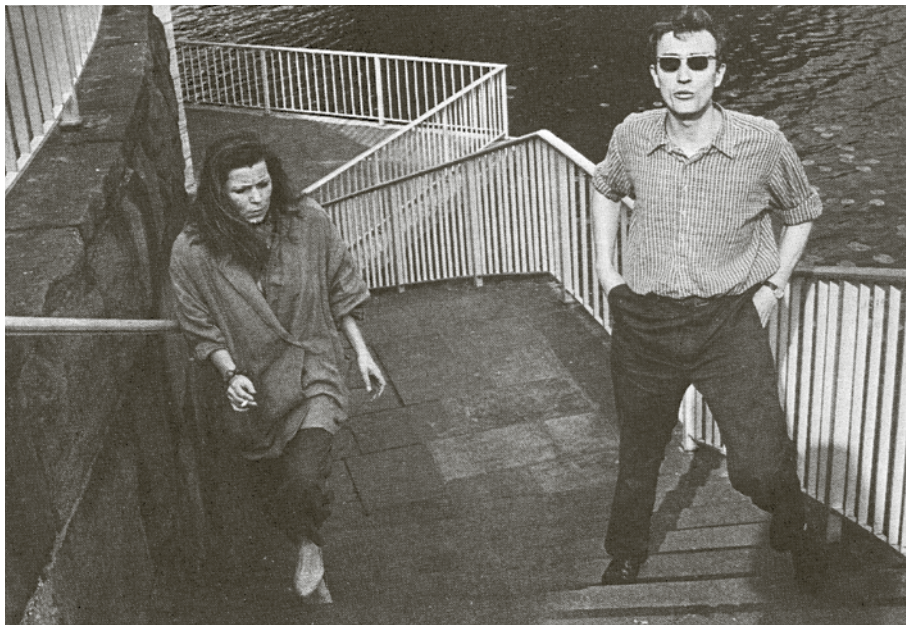
Ihren Anfang hatte diese Geschichte im Jahr 1990 genommen. Damals reichte Grossrätin Nicole Wagner (Progressive Organisationen der Schweiz, POCH) den ‹Anzug [Postulat] betreffend Stadtstrukturen und Gewalt gegen Frauen› ein. Wagner ortete den Ort des ‹hauptsächlichen Gewalterleidens von Frauen› – zu Recht – ‹im Privaten›, hielt aber auch fest, dass sich das Private im öffentlichen Raum spiegle. Der öffentliche Raum sei ‹Teil der strukturellen Gewalt› gegen Frauen, weil Frauen darin an ‹ihrer Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit› gehindert waren. Zahlreiche Orte im Basler öffentlichen Raum würden von Frauen – gerade bei Dunkelheit – gemieden: die Tiefgarage des Kantonsspitals, die Unterführung beim Bahnhof SBB, der Margarethenpark, das Steinenbachgässlein etc. pp. Wagner sah in den Stadtstrukturen ‹gebaute Bedingungen und Einflüsse› gewalttätigen Verhaltens und forderte neben einer Analyse des Ist-Zustands eine neue Stadtplanungskommission, der ausschliesslich Frauen – ‹(Ingenieurinnen, Architektinnen, Frauen, welche sich be/ruflich mit Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen, Soziologinnen, Psychologinnen...)› – angehören sollten.<sup>141</sup>



Der Regierungsrat äusserte in seiner Antwort Verständnis für die Anliegen von Wagners Postulat und votierte dafür, Verwaltungsstellen auf das Problem aufmerksam zu machen und zum Handeln anzuweisen. Die Schaffung einer neuen Frauenkommission erachtete die Regierung allerdings als «nicht zweckmässig»; sie empfahl Beratungen «innerhalb der bestehenden Organisationen und Institutionen». Der «Anzug» wurde daraufhin vom Grosse Rat als erledigt abgeschrieben.<sup>142</sup> Er hatte jedoch zur Folge, dass eine Gruppe von Frauen aus Architektur, Geografie und Raumplanung 1991 begann, sich regelmässig zum Thema auszutauschen und sich ein Jahr später zur Gruppierung «Freiräume für Frauen» (FFF) zusammenschloss. Auf einem Flugblatt wies FFF anhand konkreter Zahlen darauf hin, dass «Frauen [...] in allen Aemtern und Kommissionen, welche mit Stadtplanung und Bauen zu tun haben, hoffnungslos untervertreten [sind]».<sup>143</sup> Diese Ungleichheit hätte mit der von Wagner geforderten Stadtplanungskommission ausgeglichen werden können. Fortan trafen sich die Frauen von FFF einmal monatlich im Sitzungszimmer der Frauenbeiz «Frauenzimmer» am Klingentalgraben, bildeten Arbeitsgruppen, veranstalteten Filmvorführungen, lancierten Petitionen, hielten Vorträge.<sup>144</sup> Sie selbst nannten ihr Engagement «Frauensicht»<sup>145</sup> oder «feministische Planung».<sup>146</sup> Die Gruppierung nahm alles in den Blick, was Frauen einen «Bewegungsraum» nahm. Dazu gehörten neben einem mangelnden Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum auch «zerrissene Stadtstrukturen», welche die Betreuungsarbeit erschwerten, oder die Priorisierung des motorisierten Verkehrs, die indirekt Männern zugutekomme [29].<sup>147</sup>

Das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum blieb für FFF stets zentral. Aus der AG Interviews von FFF ging 1995 eine «Umfrage zur Sicherheit auf Basels Strassen» hervor, die beim kantonalen Gleichstellungsbüro aufgelegt wurde. Im Vergleich mit ähnlichen Untersuchungen aus anderen Städten attestierte FFF den Ergebnissen dieser Umfrage «Durchschnittscharakter».<sup>148</sup> Vorwiegend Unterführungen, Parkhäuser, Nebenstrassen, Grünanlagen würden nachts für Frauen zu «regelrechten Angsträumen».<sup>149</sup> Folglich verfügten Frauen nicht über denselben «Bewegungsradius» wie Männer, da sie manche Orte mieden oder umständliche Umwege in Kauf nahmen.<sup>150</sup> Für die Gruppierung war klar, was verändert werden musste. Im Mindesten brauche es «ein angemessenes Wahrnehmen der Bedürfnisse der weiblichen Stadtbevölkerung».<sup>151</sup> Hierzu wünschten sich die Frauen von FFF eine «vertiefte Untersuchung der lokalen Verhältnisse zur Sicherheit im öffentlichen Raum [...]».<sup>152</sup>

Dieser Wunsch sollte sich bald erfüllen. Das damalige Baudepartement beauftragte zwei Soziologinnen mit einer Studie, die 1998 erschien. «Mehr Sicherheit



**29 Faltblatt der Gruppe ›Freiräume für Frauen‹ (FFF), um 1992.** — Die Gruppe FFF forderte – bildlich überzeichnet –, dass Frauen sich im öffentlichen Raum genauso «frei», «aufrecht» und «lustvoll» bewegen können sollten wie Männer.

im öffentlichen Raum› knüpfte explizit an das Wirken von FFF an. Unterdessen sei es allgemeiner Konsens, «dass der Einbezug von weiblicher Alltagserfahrung in Planungs- und Mitwirkungsverfahren dringend nötig ist [...]». Nicht nur seien Frauen für das Thema Sicherheit besonders sensibilisiert, sie brächten zudem «wertvolle soziale Erfahrungen aus Erziehungs- oder Betreuungsarbeit in Verbindung mit der Problematik der täglichen Versorgung in die Planung [ein]». <sup>153</sup> Bei der Publikation handelte es sich im Grunde um einen Leitfaden feministischen Planens, der Best Practice und Handlungsbedarf vereinte. Auf über hundert Seiten legten die Autorinnen dar, wie Basel durch stadtplanerische, architektonische und gestalterische Eingriffe sicherer werden konnte. Der konkrete Massnahmenkatalog war, wie der Kantonsbaumeister in seinem Vorwort argumentierte, auf ein übergeordnetes Ziel gerichtet: die «Rückgewinnung» des öffentlichen Raums, der an den «motorisierten Verkehr» verloren gegangen sei. <sup>154</sup>

Mit der Publikation des Leitfadens fasste ›feministische Planung› beziehungsweise Planung ›aus Frauensicht› in der baselstädtischen Verwaltung Fuss.

Wer heute durch Basel geht, sieht viele der Forderungen verwirklicht. Gleichzeitig markiert die Veröffentlichung auch den Moment, in dem die Herkunft des dargelegten Wissens verschwand. Weder im Titel und Untertitel des Leitfadens noch im Haupttext wurde explizit auf die Sicherheit von Frauen eingegangen. Einzig in Vorwort und Einleitung wurde noch deutlich, dass es feministische Planerinnen gewesen waren, die das Problem ursprünglich aufgeworfen hatten. Regierungsrätin Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartements, ging in ihrem Vorwort auf dieses Verschwinden ein. Ausgehend von einer «geschlechterspezifischen Problemstellung» sei es den Autorinnen gelungen, das Thema «ganz zu erfassen und zu verarbeiten: Es geht um menschengerechtes Bauen.»<sup>155</sup> Schneider griff hier einen Punkt auf, den FFF seit ihrer Gründung immer wieder vorgebracht hatte: «Eine frauengerechte Stadt wird auch immer eine menschengerechte Stadt sein»<sup>156</sup> [30]. In diesem Sinn lautete der Untertitel des Leitfadens: «Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen». Eine der beiden Autorinnen von 1998 interpretierte die Tatsache, dass der «Geschlechteraspekt» zurücktrat, denn auch als Erfolg: «Sicherheit im öffentlichen Raum wurde als eine Problematik erkannt, die verschiedene Bevölkerungsgruppen, Alte und Junge, Frauen und Männer betrifft und es deshalb auch Aufgabe der Stadtplanung ist, Lösungsansätze zu entwickeln.»<sup>157</sup>

1998 hatte sich folglich die Überzeugung etabliert, dass eine Frauenperspektive auf den öffentlichen Raum existierte und allen Bewohner:innen zugutekam. Entsprechend argumentierten die Verantwortlichen der Werkstadt Basel, dass Frauen «andere Ideen und Impulse» einbrachten, auf die man «nicht verzichten» wolle.<sup>158</sup> Wenig überraschend fungierte FFF als Mitglied der Trägerschaft der Frauen-IWS. Doch die Geschichte des Wirkens von FFF macht nicht nur den Weg hin zur Frauen-IWS deutlich, sie lässt auch verstehen, auf welche Art diese in die Werkstadt Basel integriert wurden. So hoben deren Projektverantwortlichen hervor, dass die Frauen-IWS «Teil des Prozesses» seien, aber in einer zweiten Phase von «Konsenskonferenzen» keine separaten Frauenveranstaltungen mehr stattfinden würden.<sup>159</sup> Auch in der Werkstadt Basel geriet der «Geschlechteraspekt» also zusehends in den Hintergrund.

Die Geschichte feministischer Stadtplanung in Basel ist somit gleichermaßen eine des Erfolgs und des Verschwindens. In ihrer Zwiegestalt verrät sie – womöglich über ihren eigenen Fall hinaus – einiges über die Bedingungen, unter denen feministische Ideen erfolgreich sein können: Ihr feministischer Ursprung muss unsichtbar werden. Irene Hupfer, eine der Gründerinnen von FFF, hatte schon früh und wiederholt darauf verwiesen, dass es sich bei «feministischer Planung»



**30 Unterführungen als Angsträume. Illustration aus einer Publikation des Baudepartements Basel-Stadt, «Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen», 1998.** — Das Thema Unterführungen stand seit Beginn im Fokus der

feministischen Planung. FFF gründete sogar eine «AG Unterführungen», da diese «ganz oben auf der Liste der Angsträume für Frauen» stünden. Im Leitfaden des Baudepartements wurde diese Definition auch bildlich auf weitere Personengruppen erweitert.

um ein «Reizwort»<sup>160</sup> handle, das sofort – «vor allem bei Männern»<sup>161</sup> – Türen verschliesse und Zusammenarbeit verhindere. Ihr sei «aber kein besseres Wort bekannt, um die Bemühungen zu nennen, welche *ein* Teil der Bevölkerung unternimmt, um sich an der Planung durch den *andern* Teil der Bevölkerung zu beteiligen».<sup>162</sup> Dass feministische Stadtplanung sich als «menschengerechte Stadtplanung» in der Verwaltung etablierte, ist so betrachtet kein Zufall, sondern vielmehr Möglichkeitsbedingung ihres Entfaltens. Eines droht jedoch in Vergessenheit zu geraten, wenn feministische Ideen ausschliesslich als «menschengerechte» wirken können: die Leistungen feministischer Planerinnen und mit ihnen die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, aus denen diese Leistungen hervorgegangen sind.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Koschorke 1990, 1996.
- 2 Zum Raum und den Räumen der vormodernen Stadt grundlegend: Rau; Schwerhoff 2004. Dürr; Schwerhoff 2005. Kümin 2009. Kümin; Usborne 2013. Rau 2017.
- 3 Im Bildkommentar von 1575 lobt der Kölner Kartograph Georg Braun die Sauberkeit der Strassen, die Ordnung der Gebäude und den Liebreiz der Gärten. Vgl. Braun; Hogenberg 1575.
- 4 Egger 2005.
- 5 Vgl. Jütte 1991.
- 6 Vgl. dazu allgemein Rau; Schwerhoff 2008.
- 7 Vgl. dazu die Karte in Lodewig 1946, S. 212.
- 8 Freitag 2013.
- 9 Rau 2004. Kümin 2007.
- 10 Schnyder 1996. Allgemein: Spain 1993. Flat-her 2013.
- 11 Vgl. dazu auch die Fallbeispiele von Piltz 2010.
- 12 Zu den Gewerbekänälen vgl. Gruner 1978, S. 23–40.
- 13 Corbin 1984.
- 14 Corbin 1995.
- 15 Missfelder 2012. Morat 2013.
- 16 Vgl. Bittner 2020.
- 17 Möhle 2014.
- 18 Scheutz 2012.
- 19 Kutter 1991, S. 47.
- 20 Ochs 1821, S. 230.
- 21 Ebd., S. 244 f.
- 22 Burghartz 1999.
- 23 Meyer 1773, S. 452 (UBH, H IV 3).
- 24 Ebd., S. 454. Zum frühneuzeitlichen Strafritual allgemein vgl. Van Dülmen 2010.
- 25 Gschwind 1977, S. 140, 172–174.
- 26 Die Vergabe des Bürgerrechts wurde ausserordentlich restriktiv gehandhabt. Exakte Zahlen lassen sich wegen des Fehlens statistischer Erhebungen für die Frühe Neuzeit allerdings nicht nennen.
- 27 Schlögl 2014, zum Raum besonders S. 109–136.
- 28 Zur Geschichte der Wahlen in der Vormoderne vgl. Stollberg-Rilinger 2017, besonders S. 39–46.
- 29 Zu Performanz und Wirkung vgl. Fischer-Lichte 2003.
- 30 Weber 1994.
- 31 Vgl. Kemp 1996, S. 9–14.
- 32 Burghartz 2015.
- 33 Dazu allgemein Schmale 1998. Zur Praxis vgl. Simmering 1996. Zu Basel: Sieber-Lehmann 2000.
- 34 Vgl. dazu Schneller; Lassau 2021.
- 35 Vettori 1984. Pfister 1993.
- 36 Siebenhüner 2019.
- 37 Boerlin-Brodbeck 2006. Burghartz; Herren 2021, S. 123–160.
- 38 Zum Kontext und zu den ersten Basler Panoramenzeichnern vgl. Boerlin-Brodbeck 1985.
- 39 Mischke; Siegfried 2016, S. 427–428. Vgl. «klieben, stv. III» Lexer, Bd. 1, Sp. 1622, Z. 49.
- 40 Fouquet 1999, S. 224. Vgl. Modellmog 2024, S. 60–67: «Wuhr» bezeichnet hier ein Stauwehr.
- 41 Weber 2021, S. 90–91.
- 42 Dieser Druck war Teil des Illustrationsprogrammes in Bruckner; Buxtorf 1751.
- 43 Boerlin-Brodbeck 2007, S. 259.
- 44 Wackernagel 1907–1924, Bd. 2.1, S. 195.
- 45 Vgl. Smith 2019, S. 37–58.
- 46 Schnitter 1994, S. 48 f.
- 47 StABS, St. Urk. 1512. Der benachbarte Kleinbasler Teich bestand mindestens seit der Mitte des 13. Jhs. Schweizer 1927, S. 6 f. Golder 1991, S. 134–139.
- 48 Bruckner; Buxtorf 1751, S. 644. Die bei Bruckner erwähnte Laustampfe bezeichnet die Bearbeitung von Leder in Lohe als Teil des Gerbprozesses.
- 49 StABS, St. Urk. 1512.
- 50 Schubert 1986, S. 261. Troitzsch 1989, S. 95.
- 51 Haller 1905, S. 53. Golder 1991, S. 14–16.
- 52 Leibundgut; Lischewski 2008, S. 239.
- 53 Vgl. ebd.
- 54 Glauser 1991, S. 67.
- 55 StABS, St. Urk. 2706.
- 56 StABS, St. Urk. 2838.
- 57 Weber 2021, S. 69–71.
- 58 Golder 1991, S. 134 f.
- 59 Bodmer 1960, S. 416 f.
- 60 StABS, Bau U 3, 19.12.1889.
- 61 Degen, Bernard; Thomi + Franck, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2013.
- 62 StABS, Bau X 13, 20.08.1892.
- 63 StABS, Bau U 3, 24.04.1893.
- 64 StABS, STA DS BS 9 1087, Ratschlag betreffend Korrektur der Wiese und Erstellung eines Hochwasserdammes auf dem rechten Rheinufer vom Untern Rheinweg bis zur Landesgrenze, 1896.
- 65 StABS, Planarchiv II 25, 21, 1896. Vgl. StABS, STA DS BS 9 1057, Ratschlag betreffend Korrektur der Untern Klybeckstrasse, 1896.
- 66 StABS, S58, 1897.
- 67 StABS, BD-REG 2 B 7-9-2 (2), 1901.
- 68 StABS, Bau P 105, 05.06.1915.
- 69 Vgl. Gelpke 1902.
- 70 Vgl. Haidvogel 2019, S. 312.
- 71 Reith 2011, S. 25–31.
- 72 Siegfried 1925, S. 56. Birkner in: Basler Magazin 45, 1997, S. 15.
- 73 Briese 2003. Evans 2022.
- 74 Bericht Sanitätskomitee, zit. nach Bachmann 1989, S. 38.
- 75 StABS, STA DS BS 9 709, Bericht des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt an den Regierungsrat betreffend die gegen die Cholera getroffenen Massregeln, 15.11.1884, S. 21.
- 76 Evans 2022.
- 77 Röhlin 1986.
- 78 Bachmann 1989, S. 41.
- 79 Ebd., S. 24 f.
- 80 Briese 2003, S. 187–198.
- 81 Pettenkofer 1871, S. 23 f. Briese 2003, S. 154–158.
- 82 De Wette 1856.
- 83 Bachmann 1989, S. 29.
- 84 General-Bericht 1856, S. 10.
- 85 Ebd.
- 86 Sarasin 2011.
- 87 Gschwind 1977, S. 44 und 56.
- 88 De Wette 1856.
- 89 Trevisan 1985, 1989.
- 90 StABS, Grundbuch A 11, Stohler [...] 1903, S. 46.
- 91 Crampton 2010, S. 96.
- 92 StABS, Protokolle Grosser Rat 26, 07.02.1859, S. 209.
- 93 Die Katastervermessungen [...], in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 9, 1903, S. 73–76.
- 94 Bachmann 1969, S. 17.
- 95 Die Katastervermessungen [...], in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 8, 1903, S. 73–76.
- 96 Bachmann 1969, S. 28.
- 97 Generalplan von Maring 1857 und Stadterweiterungsplan von Hartmann 1859. Vgl. Kreis 2015, S. 40 f.
- 98 Streckeisen 1868.
- 99 Kreis 2015, S. 221 f.
- 100 Gschwind 2022, S. 57–60.
- 101 StABS, STA DS BS 8 32, 32. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1865, S. 151. König 2016, S. 30–36.
- 102 Zitat bei Siegfried 1925, S. 74. Kreis 2015, S. 221.
- 103 Bachmann 1969, S. 59.
- 104 StABS, Sanität Pla. Trevisan 1985, 1989.
- 105 StABS, Sanität Pla.
- 106 Koller 1995, S. 77–79.
- 107 General-Bericht 1856, S. 137–143. Trevisan 1989, S. 94–102. Koller 1995, S. 77–79.
- 108 Sarasin 1858, S. 57–62. Siegfried 1925, S. 72.
- 109 Lengwiler 2011, S. 118 f.
- 110 Bücher 1891, S. 244, 254, 345 und 352.
- 111 Koller 1995, S. 80.
- 112 Bücher 1891.
- 113 Systematische Gesetzessammlung Basel-Stadt, [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/370.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/370.100), abgerufen am 29.04.2024.
- 114 Elden 2013.
- 115 Vinken 2010, S. 19–20. Vinken 2021.
- 116 Zum «Machen» der Altstädte: Enns; Vinken 2016. Vinken 2016.

- 117 Siegfried 1923. Kreis 1995.
- 118 Falter 1980.
- 119 Vinken 2005, 2008.
- 120 StABS, DS BS 9 315, Ratschlag und Gesetzesentwurf über Hochbauten, 1864.
- 121 Brännimann 1973. Stolz; Bühler 1979.
- 122 Meier 1993, S. 10.
- 123 Vgl. Kaufmann 1945.
- 124 Vinken 2010, S. 63–67.
- 125 Vgl. Boerlin 1972/73, S. 27 f. Wyss 1988. Zur Bedeutung der Zonierung im Sanierungsprozess: Vinken 2006, 2010, S. 73–80 und 111–120.
- 126 Grossratsbeschluss betreffend die Festsetzung von zwei Zonenplänen für das Gebiet von Basel-Stadt, Anhang zu: StABS, DS BS 9 3769, Ratschlag betreffend die Festsetzung von zwei Zonenplänen für das Gebiet des Kantons Basel-Stadt, 1939.
- 127 «Die Ausstellung über die Altstadtanierung eröffnet», in: Basler AZ, 24.09.1945, Nr. 223.
- 128 StABS, BD-REG 1 A 801-1, 1945–1946, S. 1.
- 129 Vinken 2010, S. 81–87 und 139–149.
- 130 Vgl. Nertz 1991, S. 106.
- 131 Vgl. Meier 1984. Degen 1996. Stolz 1999. Vgl. auch Fischli 2014.
- 132 Vgl. Reinhard 1945.
- 133 StABS, BD-REG 1 A 801-1, Materialien zum Sanierungsgesetz, 1945–1956, o. S.
- 134 Vgl. Kaufmann 1945.
- 135 Schubert 1992.
- 136 Ausführlich: Vinken 2010, S. 91–102.
- 137 Vgl. Wyss 1987, o. S.
- 138 StABS, RR-REG 2e 3-3 15, Mappe Information Innovationswerkstatt, Information und Anmeldung, 1997.
- 139 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Adressen, Fax an LDP, 05.02.1998.
- 140 Ebd., Werkstatt Basel, betrifft Innovationswerkstätten für Frauen, 22.12.1997.
- 141 StABS, Protokolle: Grosser Rat 173, S. 76–78.
- 142 StABS, Protokolle: Grosser Rat 180, S. 841.
- 143 Archiv Irene Hupfer, FFF, Stadtstruktur und Gewalt gegen Frauen. – Mein besonderer Dank gilt Irene Hupfer für den Zugang zu ihrem privaten Archiv.
- 144 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Adressen, FFF, Steckbrief, 04.1997.
- 145 Ebd.
- 146 Archiv Irene Hupfer, Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.
- 147 Ebd., FFF, Faltblatt Nr. 1, 05.1992.
- 148 Fischer 1995, S. 24.
- 149 Ebd., S. 3.
- 150 Ebd., S. 4.
- 151 Ebd.
- 152 Ebd., S. 22 f.
- 153 Glatt; Osswald 1998, S. 16 f.
- 154 Ebd., S. 10.
- 155 Ebd., S. 8.
- 156 Archiv Irene Hupfer, FFF, Faltblatt Nr. 1, 05.1992.
- 157 Glatt 1999 (Online-Quelle).
- 158 «Bürgerliche Frauen kritisieren Frauen-Werkstatt», in: BaZ, 17.02.1998.
- 159 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Trägerschaft, H. i. O.
- 160 Archiv Irene Hupfer, Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.
- 161 Ebd., Vortrag Irene Hupfer in der Beratungsgruppe der Frauenkommission, 13.08.1996.
- 162 Ebd., Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.





BEAUBÂLE